

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen bei Hrn. Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz b. Hrn. L. Streisand; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreiundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz in Breslau, Kassel, Bern u. Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: R. Jenke; in Frankfurt a. M: G. L. Daube & Co.

Nr. 47.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Freitag, 25. Februar

Inserate 1½ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Monat März ein besonderes Abonnement zu dem Preise von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Kommanditen, für Auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestellungen von Auswärts sind direkt an die Expedition zu richten.

Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 24. Februar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem kaiserlich russischen General-Lieutenant und General-Adjutanten Sr. M. des Kaisers, Grafen Sumarokoff-Elston, den Rothen Adler-Orden I. Kl., dem kaiserlich russischen Stabs-Kapitän und Flügel-Adjutanten Sr. M. des Kaisers, Fürsten Dolgorouky, den Rothen Adler-Orden III. Kl. und dem Verlags-Kunsthändler Bruckmann zu München den Kronen-Orden IV. Kl. zu verleihen.

Die politische Situation in Bayern.

Die bayerischen „Patrioten" haben ihr Ziel erreicht, soweit es darauf ankam, das Ministerium Hohenlohe zu stürzen; eine andere Frage aber ist es, ob es ihnen gelingen wird, den jungen König zu bestimmen, einen erklärten Anhänger und Vertreter der ultramontanen Demagogie an die Spitze seines Ministeriums zu berufen. König Ludwig II., dessen romantische Neigungen oft etwas sonderbarer Natur sind, scheint in politischen Dingen durchaus nicht so leicht beeinflußbar, wie es etwa von der gegenwärtigen Majorität der bayerischen Kammer vermuthet worden ist. Mit einer seltenen Energie, ja sogar in entschieden demonstrativer Weise ist der königliche Jüngling den wühlerischen Agitationen der ultramontanen Partei in Bayern, die sich mit wunderbarer Frechheit die „patriotische" zu nennen beliebt, gegenübergetreten und hat wiederholt bewiesen, daß er persönlichen Einflüsterungen und Einschüchterungen in ernsten politischen Fragen, die Bayerns und Deutschlands Zukunft betreffen, ziemlich unzugänglich ist. Er hat seinen „prinzlichen Oheimen und Vettern die ganze Wucht seines Unwillens über ihr frondirendes Betragen gegen die mit seinem königlichen Vertrauen bekleideten Räthe seiner Krone fühlen lassen" und wies die Adresse seines feudalen und ultramontanen Reichsraths kurzweg und fast mit Verachtung zurück.

Es ist von verschiedenen Seiten tadelnd darauf hingewiesen worden, daß das Zurückweisen dieser reichsräthlichen Adresse mit den Pflichten eines konstitutionellen Staatsoberhauptes nicht ganz in Einklang stehe, daß König Ludwig II. die Stimme der Vertreter seines Landes hätte mehr respektiren müssen, daß sein Verhalten dem bayerischen Reichsrathe gegenüber in dieser Adreßfrage an ähnliche, beklagenswerthe Vorgänge aus der Konfliktszeit in Preußen erinnere u. s. w. Allein diese tadelnden Hinweise und Vergleichungen, die namentlich die „Deutsche Allgem. Ztg." machte, scheinen uns doch nicht ganz zutreffend zu sein. Einestheils ist nämlich der bayerische Reichsrath doch wohl nur als ein nicht allzuhoch anzuschlagender Bruchtheil der Volksvertretung von Bayern anzusehen und anderntheils ist der Vergleich des jetzigen bayerischen Reichsraths mit dem preußischen Abgeordnetenhause aus der Konfliktszeit kaum als ein glücklicher anzusehen. Unter allen Umständen stimmen wir aber darin mit der „Deutschen Allg. Z." überein, daß das Verfahren des jungen bayerischen Monarchen in der vorliegenden Frage mit einem konsequent durchgeführten, streng konstitutionellen und parlamentarischen Systeme nicht vollständig harmonirt und daß selbst die Gefahr, einem verderblichen Scheinkonstitutionalismus zu verfallen, vermieden werden sollte. Daß König Ludwig II. durch das Zurückweisen der Adresse seines Reichsrathes seine konstitutionellen Pflichten nicht zu verletzen glaubte, daß er bona fide handelte, ist wohl als sicher anzunehmen; er wollte namentlich erst die Stimme seiner zweiten Kammer hören und dann über das Beibehalten des Ministeriums Hohenlohe entscheiden. Und so ist es denn auch gekommen. Die zweite Kammer hat ebenfalls eine Adresse angenommen, die ein Mißtrauensvotum gegen den Fürsten Hohenlohe enthält, der König muß in der zweiten Kammer die Vertretung seines Volkes sehen und er hat, der Majorität dieser Vertretung nachgebend, in echt konstitutioneller Weise, wenn auch mit schwerem Herzen, seinen ersten Minister entlassen.

Mit Recht hofft daher die „Bayerische Landeszeitung", daß nun wohl auch die Kassandra-Stimmen wieder verstummen würden, welche wegen der Zurückweisung der Reichsraths-Adresse in einheimischen und auswärtigen Blättern über die bei König Ludwig II. bestehende Versuchung, das konstitutionelle System zu verletzen, laut geworden wären. „Wir wollen nicht", sagt das genannte Blatt, „auf den Meinungsstreit eingehen, ob jener Akt (die Zurückweisung der Reichsraths-Adresse) konstitutionell zulässig gewesen sei oder nicht; aber feierlich verwahren wir uns gegen den, namentlich in der „Deutschen Allg. Z." ausgesprochenen Schluß, als drohe bei uns in Bayern dem konstitutionellen System von Seiten der Krone irgend eine Gefährdung. Wer die so liberal angelegte Persönlichkeit unseres Monarchen kennt, wird von solchem Pessimismus sich nicht beunruhigen lassen. Niemals war bis jetzt Ohr und Herz unseres Königs den berechtigten Wünschen seines Volkes verschlossen." Nicht überall, nicht in allen deutschen Staaten weichen die Minister von ihren Posten, wenn die Vertretung des Volkes in der Kammer und die öffentliche Meinung klar und laut ihren Rücktritt verlangen. Aus dem, was jetzt in Bayern in dieser Hinsicht vorging, sollte man sich bei uns in Preußen eine Lehre nehmen.

Die „Bayer. Landesztg." ventilirt in einer ihrer letzten Nummern die Frage, was gegenwärtig eigentlich „die gerechten Wünsche des bayerischen Volkes" seien? Sie hebt hervor, daß in der zweiten bayerischen Kammer ein numerisches Verhältniß der Parteistellung existire, in welchem die Gegensätze sich so ziemlich das Gleichgewicht hielten. Es sei eine unklare Situation, um so mehr als gerade dort, wo heute eine kleine Majorität bestehe, bei weitem nicht die Einmüthigkeit herrsche, die einige Garantien für eine lange Lebensdauer derselben böte; selbst ein Führer der Majorität, Herr Jörg, wage es nicht, eben diese Majorität als eine „Partei" zu bezeichnen. Die allernächsten Ereignisse könnten neue Gruppirungen auf Seiten der „Patrioten" und damit eine Sprengung ihrer gegenwärtigen Aufstellung bringen. Bei einer solchen Lage der Dinge wäre es ein Uebel, wenn die Krone nicht ihrem hohen Standpunkt über den Parteien gerecht würde und einem Drucke widerstandslos nachgäbe, der auf sie von der nur für einen Moment stärkeren Partei ausgeübt werde. Auf dem erhabenen und zentralen Standpunkte der Regierung müsse man und könne man, wenn man nur es richtig anstelle und ernstlich wolle, die Verhältnisse im Staat ganz anders übersehen und beurtheilen, als von dem Kirchthurm eines Dorfes aus oder innerhalb des Horizontes einer Provinz. Man solle nicht vergessen, fährt das genannte Blatt fort, daß das konstitutionelle System, wie man es in Bayern besitze, nicht ganz identisch sei mit dem parlamentarischen System von England. In Bayern sei dem Königthume eine höhere Bedeutung und Machtstellung eingeräumt, als in England, wo die zeitweilige Majorität des Unterhauses die Zügel der Regierung in die Hände nimmt — also eine wahrhafte Parlamentsregierung besteht. Wer jemals unbefangenen Sinnes die Verfassungsreformen vom Gesichtspunkte der Gesellschaft aus studirt habe, der müsse wissen, daß es gerade die Pflicht des Königthums konstitutioneller Staaten sei, niemals Partei zu werden, auch das Recht der Minorität zu wahren, die eine Partei gegen die andere zu schützen u. s. w. In diesem Sinne sucht die „Bayr. Landesztg." die jüngsten Akte König Ludwigs zu deuten und zu vertheidigen, indem sie der Krone das Recht vindizirt, Parteimannöver zu kritisiren. Als stichhaltig kann man freilich dieses Raisonnement nicht bezeichnen.

Wie vorauszusehen, hat die Thronrede, womit König Wilhelm von Preußen den Norddeutschen Reichstag eröffnete, den bayerischen „Patrioten" nicht sehr behagt, dagegen fühlen sich die dortige Mittelpartei und die preußenfreundliche Fortschrittspartei dadurch sehr gestärkt und gehoben. Es ist zu wünschen, daß bald ein neuer Ministerpräsident an Stelle Hohenlohes tritt, und zwar einer, welcher der gegenwärtigen Kammermajorität angehört. Je mehr der neue Minister der feudalen und ultramontanen Partei angehören würde, desto schneller würde die jetzige Patriotenpartei zerfallen, desto eher und gründlicher würde das bayerische Volk von dem Alp der Römlingswirthschaft befreit werden. Man bezeichnet als mögliche Nachfolger des Fürsten Hohenlohe den Grafen Bray, jetzt Vertreter Bayerns in Wien, und den ultramontanen Baron Gasser, gegenwärtigen bayerischen Gesandten in Stuttgart.

Verschiedene bayerische Blätter, z. B. die augsburger Abendzeitung, stellen es entschieden in Abrede, daß man, wie das Gerücht ging, in Bayern von ultramontaner Seite her auch nur einen Augenblick mit dem Gedanken einer Palastrevolution umgegangen sei; solche polnische oder russische Zustände herrschten in Bayern nicht.

Deutschland.

△ **Berlin**, 25. Febr. Die welfische Agitation und das welfische Geld haben sich auch in Italien Eingang zu verschaffen gewußt, und zwar nicht blos in den klerikalen Kreisen, sondern auch in denjenigen, welche früher mehr der nationalen Politik ergeben waren. Als ein Organ dieser welfischen Agitation ist seit längerer Zeit die in Florenz in französischer Sprache erscheinende „Italie" aufgetreten, welche in ihren angeblichen Korrespondenzen aus Wien alle Erdichtungen zusammenträgt, die über Preußen verbreitet werden und dieselben mit Verdächtigungen des einen oder des andern der preußischen Staatsmänner zu durchweben weiß. Ehemals hielt man dieses Blatt für ein durch Frankreich beeinflußtes, wer dasselbe aber jetzt zur Hand nimmt, wird sich bald überzeugen, daß klingende Einflüsse, die offenbar aus Hietzing kommen, hier obwalten. In ihrer Nummer vom 16. d. M. veröffentlicht die „Italie" eine von den absurdesten Korrespondenzen, die je aus einer Feder geflossen sind. Da wird gesprochen von dem Interesse, welches Graf v. Bismarck an der Musik habe und von dem Einfluß, welchen musikalische Leistungen auf die persönliche Stellung seiner Umgebung ausüben. Je größer also die musikalischen Leistungen eines Mannes sind, einen desto größeren Einfluß soll er auf den Grafen gewinnen. Ueber die Unterhaltungen sogar, welche der Kronprinz mit dem Grafen Bismarck führt, will dieser Korrespondent genau unterrichtet sein. Danach nehme der Thronfolger dem Grafen gegenüber die Stellung eines „Handelsministers" ein. Auch der Blick des Grafen Bismarck gefällt ihm durchaus nicht; er kennt sogar die physiologischen Momente, welche denselben leiten und ihm seinen Ausdruck geben. Schließlich hat er auch entdeckt, daß „König Wilhelm bedenklich krank sei". Wir wollen auf diese thörichten Erfindungen eines Chronisten nicht weiter eingehen. Der Inhalt derselben, der allerdings auch als „Wiener Gesellschaftsklatsch" bezeichnet ist, wäre nur komisch, wenn nicht die Bosheit überall daraus hervorguckte. Am Albernsten ist die Mittheilung von Fabeln über den geistigen und leiblichen Gesundheitszustand des Königs, dessen Audienzen von Privatpersonen sogar „überwacht" werden sollen. Jedermann in Berlin weiß, wie vortrefflich die nur gelegentlich durch Heiserkeit oder eine Erkältung ein wenig affizirte Gesundheit unseres Königs ist, mit welcher Frische derselbe den ganzen Karneval hindurch sich in der Gesellschaft bewegt hat, und wie wenig er oder seine Umgebung an Schonung denken. Dieser und andere Artikel der „Italie", welche ihr aus verschiedenen Hauptstädten Europas zugehen, beweisen, wie tief das Blatt, welches früher einen gewissen Namen hatte, gesunken ist, so daß es nicht einmal mehr in Partei-Interesse, sondern nur noch um Geldes willen thätig ist.

⊙ **Berlin,** 24. Febr. Gewiß mit Recht wird von verschiedenen Seiten vor Uebereilung bei Berathung des Strafgesetzbuchs gewarnt und der Auffassung, daß es eine Ehrensache sei, mit dem Werk in dieser Session fertig zu werden, entgegen gehalten, daß es vielmehr als Ehrensache erscheine, ein möglichst gutes Werk zu liefern, das der deutschen Gesetzgebung Ehre mache, mehr, als andere bisherigen Leistungen. Es ist zu hoffen, daß diese Auffassung gewissen Ueberstürzungsneigungen gegenüber sich mehr und mehr geltend machen wird und ich glaube versichern zu können, daß letztere in der nationalliberalen Partei im Ganzen doch auch nur wenige Vertreter zählt. Die Unmöglichkeit, wichtige Fragen der Gesetzgebung übers Knie zu brechen, wichtige Gesichtspunkte, die für den ganzen öffentlichen Rechtszustand entscheidend sind, in Bausch und Bogen zu behandeln, wird das Uebrige thun, um eine gründliche Berathung unumgänglich erscheinen zu lassen, selbst wenn es gelingen sollte, was uns allerdings wünschenswerth erscheint, den Reichstag vor einer ellentiefen Versenkung in juristische Finessen zu bewahren. Mit Recht erklärte sich Hr. v. Hoverbeck neulich für die allersorgfältigste Berathung schon aus dem einzigen Grund, weil es sich um viele tausend Jahre Zuchthaus handle. Bekanntlich enthält der neue Entwurf gegen den früheren eine Reihe von Strafschärfungen, welche ihm selbst die Sympathie der „Kreuzzeitung" erworben haben und welche um so mehr die aufmerksamste Prüfung erheischen, er disponirt ferner über die Einzelhaft, wobei er freilich fast Alles der Praxis der Strafanstaltsverwaltung überläßt, indessen doch einzelne wichtige und sehr bedenkliche Gesichtspunkte aufstellt, wie z. B. daß eine „Reduktionsskala" mit Einführung der Einzelhaft nicht zu verbinden sei, er ordnet auf demselben Gebiet eine der wichtigsten Neuerungen an, die Einführung der bedingungsweisen Freilassung der Sträflinge, wobei den Gesetzgeber selbst eine solche Unsicherheit angewandelt hat, daß in dem ursprünglichen Entwurf die Verbüßung der Hälfte der Freiheitsstrafe, in dem revidirten die Verbüßnng von ²/₃ der Strafe für erforderlich erklärt wird. Sicherlich erfordern diese Punkte die genaueste Prüfung. Der Vorschlag vorläufig nur Alles möglichst rasch zu erledigen in der Voraussetzung, daß man in 5 Jahren ja wieder revidiren könne, erscheint uns fast als ein schlechter Scherz, obgleich er leider aus dem Munde des preußischen Justizministers kam. Daß die Kardinalfrage der Todesstrafe in der gewissenhaftesten Weise erwogen werden muß, erscheint wohl Allen selbstverständlich, und auch die „Kreuzztg." unterläßt nicht in den Reihen der Bekenner der konservativen Prinzipien gehörig die Trommel zu rühren. Beiläufig wollen wir bemerken, daß die Angabe, Graf Bismarck werde, sobald die Todesstrafe gefallen, den Strafgesetzentwurf zurückziehen, auf Seiten der nationalliberalen Partei bisher keinen Glauben findet. Schlimmsten Falls müßte man es sich gefallen lassen. — Die Sensation, welche die kleine vor Kurzem erschienene Brochüre „Der Trinkspruch des Hrn. v. Oubril", gemacht, verdankt sie zum Theil dem kurzen Gedächtniß des Lesepublikums. Die Version, welche der unbekannte Verfasser von der plötzlichen offiziellen Intimität zwischen Preußen und Rußland bei Gelegenheit der Ordensverleihungen giebt, ist namentlich Ihren Lesern nicht unbekannt, denn ich hatte damals, auf zuverlässige Angaben gestützt, die Motive in ganz ähnlicher Weise entwickelt, natürlich nicht ohne, wie üblich, der pessimistischen Schwarzmalerei beschuldigt zu werden. Auch die sehr gut unterrichteten Berichte der „Times" verriethen schon damals das Geheimniß der russischen Zärtlichkeit. — Heute erfolgte im Abgeordnetenhause die Debatte über die deutsche oder badische Frage, die für Liebhaber von Aufklärungen allerdings das Verdienst beanspruchen darf, solche durch die dem Bundeskanzler abgenöthigte Rede gefördert zu haben. Im Uebrigen werden wir durch eben jene Rede mit ihrem meistens sehr unerwünschten Inhalt in unserer Auffassung bestärkt, daß es ein mißliches Unternehmen bleibt, Fragen, wie den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund in so bestimmt formulirter, bis zu einer Resolution zugespitzter Weise zu behandeln, ohne zuvor ein Einvernehmen mit der Bundesregierung nachgesucht zu haben, noch mißlicher aber, wenn, wie es diesmal der Fall war, das Einvernehmen nachgesucht und nicht erzielt worden war. Auf die

eventuellen Folgen dieses Vorgangs wird wohl noch zurückzukommen sein.

⊙ **Berlin**, 24. Febr. [Die deutsche oder badische Frage im Reichstage. Festungsrayongesetz. Gesetz über die Aktiengesellschaften. Petitionen.] Um die Zeit, als die Anträge der Liberalen in der Kreisordnung im Abgeordnetenhause zur Annahme gelangten, war bereits eine Verstimmung gegen diese Fraktion Seitens der Gouvernementalen, wenn man als solche die unbedingten Anhänger des Grafen Bismarck bezeichnen darf, sichtbar. In jener Zeit konnte man häufig von Mitgliedern der rechten Seite des Abgeordnetenhauses die Aeußerung hören: „man wird bald das Tischtuch zwischen dem Grafen Bismarck und den Nationalliberalen zerschneiden und es wird sich dazu die Gelegenheit im Reichstage schon finden.“ Zum großen Theil scheint diese Hoffnung heute in der vielleicht wichtigsten Sitzung des Reichstages in dieser Session erfüllt zu sein. Der gestern bereits telegraphisch avisirte Antrag Laskers zur dritten Lesung des Jurisdiktionsvertrages mit Baden kam allen Fraktionen so überraschend, daß man vorher eine Verständigung nach irgend einer Richtung nicht anbahnen konnte. Der Sache selbst wegen, darf man es herzlich bedauern, daß der Vorgang ziemlich kläglich durch die Zurückziehung des Antrages im Sande verlaufen ist. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Eventualität eines solchen Verlaufes vorher erwogen worden wäre, vielleicht hätte man sich dann entschlossen, ein höchst unerquickliches Schauspiel zu vermeiden. Zum ersten Male trat der Bundeskanzler der Partei, mit deren Hülfe er so Vieles in diesen Räumen durchgesetzt hatte, schroff entgegen, zum ersten Male sah der Reichstag den Bundeskanzler mit der äußersten Rechten das alte Bündniß erneuern und Arm in Arm mit ihr gegen die liberale Seite vorgehen. Die jedenfalls bewegte und hoch erregte Debatte kann und wird nicht ohne lange Nachwirkung in mancherlei Beziehung bleiben. Die Abgeordneten trennten sich in großer Erregung. — Wie man hört, sind die Arbeiten für den Entwurf, betr. das Festungsrayongesetz, im Bundeskanzleramte soweit vorgeschritten, daß der Entwurf demnächst an den Bundesrath gelangen kann. Dagegen ist es von dem Gesetz über die Aktiengesellschaften, welches im Entwurfe bereits im Herbst v. J. zur Vertheilung gekommen war, ganz still geworden, und es steht dahin, ob dieser Gegenstand die diesjährige Session noch beschäftigen wird. — Die Zahl der bis jetzt beim Reichstag eingereichten Petitionen beläuft sich auf 52, meistentheils von unerheblichem Inhalt. Ein großer Theil ist gegen die Todesstrafe gerichtet, nur eine einzige Petition, eines Schuhmachers Schlauch zu Naumburg a. S., will Beibehaltung der Todesstrafe; der Petent unterzeichnet „in Stellvertretung unseres Heilandes“. Ueberhaupt fehlt es nicht an zahlreichen drolligen Petitionen. An ihrer Spitze sei erwähnt die in allen unsern Parlamenten stehend gewordene Petition der Wittwe Emilie Heubach zu Gleiwitz, die Anklage gegen den Chefredakteur der „Breslauer Zeitung“, Dr. Stein, wegen Hoch- und Landesverraths zu veranlassen und dessen Bestrafung herbeizuführen. Unter anderem beschuldigt die Petentin den Dr. Stein, Schuld an der Zusammenberufung des Konzils in Rom zu haben ꝛc. — Ein Lehrer Pieczonka zu Mikorzyn bei Kempen, Prov. Posen, wünscht Erhebung Norddeutschlands zum Kaiserthum. — Eine Predigerwittwe Emma Markus aus Drygallen offerirt ihr Geheimmittel gegen Tollwuth und bittet, dasselbe gegen eine lebenslänglich ihr zu gewährende Rente ankaufen zu lassen. — Ein Hr. Glaser in Siegen wünscht Strafbestimmungen in das Strafgesetzbuch wegen unterlassener Theilnahme an den Wahlen aufgenommen zu sehen. — Ein Hr. Borchardt, der sich Ober-Kreisrabbiner nennt, wünscht zur Haltung eines Oberrabbiners von Preußen und dessen Kollegium jährlich 30,000 Thlr. bewilligt zu haben. Schließlich sei noch eine Reihe von Petitionen vom Rhein gegen Weinfälschung und eine Anzahl von Petitionen gegen Doppelbesteuerung erwähnt.

— Die Publikation des Urtheils in der Celler Denkmals-Angelegenheit ist um 8 Tage aufgeschoben.

— **Um Jurisdiktionsverträge mit dem Norddeutschen Bunde abzuschließen, werden nach dem „Frankf. J.“ nächstens die Justizminister von Bayern und Württemberg eine Zusammenkunft haben.**

Pelplin, 17. Febr. Der heutige „Pielgrzym“ theilt seinen Lesern mit, daß aus dem Dekanate Schlochau ein Protest gegen die Beschlüsse der Petitionskommission in der Klosterangelegenheit vom Stapel gelassen wird. Genanntes Blatt bemüht sich zu beweisen, daß die Klöster durchaus nothwendig seien und der Menschheit einen unberechenbaren Nutzen eingebracht haben. (Nog. Z.)

Thorn. Der Militär-Fiskus hat ein Grundstück in der Seglerstraße (Hotel de Danzig) für über 15,000 Thlr. gekauft und wird dasselbe zum Kasino eingerichtet.

Hannover, 24. Febr. (Tel.) Im 8. Wahlkreise wurde Erxleben (Partikularist) mit 77 Stimmen gegen Struckmann, welcher 69 Stimmen erhielt, zum Abgeordneten gewählt.

Dresden, 24. Febr. Die (bereits gestern im telegraphischen Auszuge gemeldete) Thronrede, mit welcher der König den Landtag geschlossen, lautet wörtlich:

Meine Herren Stände! Der dreizehnte ordentliche Landtag geht zu Ende und ich freue mich, es vor Ihnen aussprechen zu können, daß das Resultat desselben, ohnerachtet mancher Schwierigkeiten, als ein befriedigendes zu betrachten ist. Der Staatshaushalt ist für die gegenwärtige Finanzperiode so geordnet worden, daß den Bedürfnissen der Regierung sowohl, als den billigen Wünschen des Volkes dadurch entsprochen wird. Wenn es einerseits möglich geworden ist, bei dem günstigen Stande der Staatseinnahmen von den Steuerzuschlägen abzusehen, so haben Sie andererseits in dankbar anzuerkennender Weise durch reichliche Bewilligung für alle öffentlichen Zwecke, sowie für Verbesserung der Lage mehrerer Klassen öffentlicher Diener gesorgt. Besonders habe ich auch die Bereitwilligkeit dankend anzuerkennen, mit welcher Sie zum Wiederaufbau des Hoftheaters eine namhafte Summe bewilligt und dadurch die Erhaltung eines rühmlichst bekannten Kunstinstituts ermöglicht und die Wiederherstellung eines der schönsten Bauwerke aus der Regierungszeit meines seligen Bruders in Aussicht gestellt haben.

Daß auf dem Gebiete der inneren Verwaltung und der damit zusammenhängenden Gesetzgebung Umfassenderes nicht geleistet werden konnte, lag in den Zeitverhältnissen und in den Ihnen bekannten Gründen, welche meine Regierung verhinderten, Ihnen bei Beginn des Landtags deshalb Vorlagen zu machen. Gleichwohl sind mehrere nicht unwichtige Gesetze zur Verabschiedung gelangt, wohin namentlich die Gesetze über die Presse, über die Einführung von Zivilstandsregistern für gewisse Fälle, über die Wegebaupflicht, die Sonn-, Buß- und Festtagsfeier, den Wechselprozeß und über die Gehaltsverbesserung der Volksschullehrer und deren Emeritirung zu rechnen sind. Erfreulich ist es mir gewesen, daß über Beibehaltung und Vervollkommnung unseres Immobiliar-Brandkasseninstituts eine Vereinbarung gelungen ist und daß Sie meine Regierung ermächtigt haben, für eine größere Anzahl von Eisenbahnlinien die Anwendung des Expropriationsgesetzes auszusprechen, wenn sich Privatunternehmer zu deren Ausführung finden. Die überaus wichtige und schwierige Frage über die Reform des Systems unserer direkten Steuern hat auf diesem Landtage noch keinen endgiltigen Abschluß gefunden. Ich hoffe aber mit Zuversicht, daß dies auf dem nächsten Landtage möglich sein wird, wo Ihnen ein umfassender Reformvorschlag vorgelegt werden soll.

Vielfache Wünsche und Ansichten sind auf diesem Landtage zur Sprache gekommen, die zwar zum großen Theile zu keinem ständischen Antrage geführt haben, deren Berathung aber doch hoffentlich in mehr als einer Beziehung zur Klärung der Ansichten beigetragen hat. Meine Regierung wird die bei diesen Meinungskämpfen hervorgetretenen verschiedenen Ansichten einer sorgsamen Erwägung und Prüfung unterziehen. Insbesondere gedenkt sie über einige der wichtigsten zur Sprache gekommenen Gegenstände, namentlich die Organisation der Verwaltungsbehörden, der Gemeindeverfassung, sowie die Reformen im Volksschulwesen schon auf dem nächsten Landtage Ihnen mit Vorlagen entgegen zu kommen. Sowie sie dabei von dem Grundsatze ausgehen wird, das bewährte Gute nicht ohne genügenden Grund aufzugeben, so wird sie doch auch die auf Verbesserungen hinweisenden Erfahrungen des In- und Auslandes und die veränderten Zeitverhältnisse nicht unbeachtet lassen.

Möge denn der alte sächsische Geist der Besonnenheit und der Treue für das engere wie für das weitere Vaterland, der auch auf diesem Landtage sich nicht unbezeugt gelassen hat, auch ferner mit Gottes Hilfe über Volk und Regierung, sowie namentlich über unseren Verhandlungen walten. Mit dieser zuversichtlichen Hoffnung entlasse ich Sie aus Ihrem diesmaligen ständischen Wirkungskreise.

München, 24. Febr. (Tel.) Die vereinigte Fortschritts- und Mittelpartei hat mit einer durchschnittlichen Majorität von 60 Stimmen die bisherigen 6 Deputirten der Fortschrittspartei, sowie den Staatsanwalt Wülfert zum Landtage gewählt.

Oesterreich.

Wien, 22. Febr. Die gestrigen Abendblätter enthalten an ihrer Spitze folgende Anzeige:

An die Leser. Mit dem heutigen Tage tritt die durch den Setzerstrike unabwendbar gewordene temporäre Aenderung in der Herausgabe der Wiener politischen Tagesblätter ein. Das vorliegende Abendblatt ist das erste, welches von den vereinigten Zeitungen gemeinschaftlich hergestellt worden ist. Wien, 21. Februar 1870. Das Zeitungs-Komité.

In den heutigen Morgenblättern steht zu lesen: „Wie das Abendblatt von gestern, so wird auch ein Theil des Morgenblattes — so lange der Strike der Setzer dauert — gemeinsam für die Blätter hergestellt werden. An erster Stelle wird eine, wie es die Verhältnisse bedingen, gedrängte Chronik der politischen Tagesgeschichte, gegeben werden, woran sich sodann die einzelnen Rubriken politischen, kommunalen, ökonomischen und lokalen Inhalts, insoweit sie das Produkt der gemeinsamen Herstellung sind, anreihen.“ Jede Zeitung hat dem allen gemeinsamen „neutralen Theile“ einige Spalten Originalmittheilungen voraufgeschickt; die Redaktion und der Satz des neutralen Theiles findet in den Lokalen der alten „Presse“ statt.

Wien, 24. Febr. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Konfessionsausschusses erklärte der Kultusminister, er sei der Ansicht, daß der bisher so erfolgreich beobachtete Weg der Spezialgesetzgebung am praktischsten und sichersten zur Regelung der konfessionellen Verhältnisse und zur Durchführung der Staatsgrundgesetze sei. Der Ausschuß beschloß eine artikelweise Vergleichung des vorliegenden Religionsediktes mit den einzelnen Punkten des Konkordats vorzunehmen, und dann Beschluß zu fassen.

Pest, 21. Febr. Der Finanzminister v. Lonyay ist vorgestern von Wien zurückgekehrt, ohne den Hauptzweck seiner Reise, die Regelung der finanziellen Seite der Militärgrenzfrage, erreicht zu haben. Einen Augenblick schien es, so bemerkt der „Pester Lloyd“, als hätten die ungarischen Anschauungen Aussicht, auch von der cisleithanischen Regierung akzeptirt zu werden, aber im Laufe der Diskussion stellten sich so wesentliche Differenzen heraus, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte und die Konferenz resultatlos auseinandergehen mußte. — Heute früh fand eine Arbeiterversammlung im Beleznay-Garten statt, in welcher bezüglich des verhafteten Agitators Raspe (derselbe ist aus Rheinpreußen) eine Sturmpetition beschlossen wurde. Mehrere Abgeordnete der äußersten Linken nahmen an der Versammlung Theil. In der Nähe des Reichstages wurde eine Kavallerieabtheilung untergebracht. Im Unterhause interpellirte der Abg. Nemeth den Präsidenten wegen dieser Versammlung. Der Präsident erklärte, nur für das im Hause Geschehene verantwortlich zu sein. Es wurde darauf die Debatte über den Etat des Kultusministeriums fortgesetzt.

Kronstadt. [Preßprozeß gegen eine Gräfin.] Die Oberbeamten des Ober-Albenser Komitats in Siebenbürgen haben durch ihren Vertreter, Dr. v. Marinelli, gegen die Redaktion des „Fremdenblatts“ wegen des in Nr. 4 erschienenen Artikels: „Zur Affaire des Grafen Haller“, eine preßgerichtliche Klage eingereicht. Verfasserin des beanstandeten Artikels ist Komtesse Luise Haller, und ist dies der erste Fall, daß eine Dame wegen eines Preßvergehens vor dem Geschwornengerichte sich zu verantworten haben wird.

Belgien.

Brüssel, 22. Febr. Der Senat hat heute das Gesetz über die Kirchengüter mit 33 Stimmen gegen 1 angenommen. Sechs Mitglieder sollen sich der Abstimmung enthalten haben. Der Senat hat sich dann auf den 14. März vertagt und wird alsdann nach früherem Beschlusse die Berathung über die Modifikationen des Wahlrechtes vornehmen. In der Repräsentantenkammer, welche noch immer mit dem Handelsgesetz beschäftigt ist, kündigte Herr Guillery eine Interpellation an über die Eingriffe der Untersuchungsrichter von Brüssel in die konstitutionellen Rechte der Presse. Der Justizminister erklärte, daß er darüber einen Bericht von Seiten des Parkets erwarte, der wahrscheinlich morgen noch nicht fertig sein werde. Herr Guillery verschob darauf seine Interpellation auf Donnerstag.

Brüssel, 24. Febr. (Tel.) „Etoile belge“ meldet: Die hier wohnenden französischen Flüchtlinge werden dieses Jahr den 24. Februar nicht wie früher durch ein Banquet feiern. Die Zahl der in Folge der letzten Ruhestörungen aus Paris hier eingetroffenen Flüchtlinge beträgt 36, unter denselben befinden sich 2 Unteroffiziere der aktiven Armee. Flourens ist nicht in Brüssel; derselbe soll Paris gar nicht verlassen haben.

Frankreich.

Paris, 22. Febr. Der „Moniteur“ enthält unter der Ueberschrift „La France et l'Allemagne“ einen längeren Artikel, worin er die deutschen Verhältnisse und die Stellung Deutschlands zu Frankreich bespricht. Da derselbe vom Ministerium des Aeußern inspirirt sein soll, so folgt derselbe hier seinem Hauptinhalte nach. Der Artikel nimmt Bezug auf die baierischen Wirren und die Sprache der Thronrede des Königs von Preußen vor dem Reichstage, und giebt dann folgende Erklärungen über die Haltung ab, welche Frankreich Deutschland gegenüber beobachten müsse:

Theater.

Der Versuch, Offenbach wieder auf die hiesige Bühne zu bringen, kann als mißlungen betrachtet werden. In der vorigen Woche ist „Orpheus“ vor ziemlich leeren Bänken zweimal in Scene gegangen, und daß „Pariser Leben“ ein zahlreicheres Publikum ins Theater zog, das hat es nicht so sehr sich selbst, als dem Umstande zu verdanken, daß es von Hrn. Wiesner zu seinem Benefiz gewählt worden war. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß während das Stück durch Hrn. Wiesner zu einem succès d'estime gelangte, Hr. Wiesner durch die Wahl des Stücks beeinträchtigt worden ist, denn wenn auch für die Theaterverhältnisse der letzten Zeit zahlreich, so war doch der Besuch in Anbetracht der Beliebtheit des Benefiziaten spärlich genug. Es gab eine Zeit, wo die Offenbachiaden von schwärmerischen Enthusiasten als eine Offenbarung des modernen Geistes, als ein vortreffliches Merkmal unseres Kulturlebens gepriesen wurden. „Der Cancan ist der Tanz der Civilisation,“ hat ein neuerer Schriftsteller mit treffender Ironie gesagt. „Pariser Leben“ ist ein Hymnus auf den Cancan — könnte man weiter sagen; aber ob der Cancan nicht eben so ephemer und vergänglich ist, wie ehedem die zierlichen Menuetten und Galoppaden, die man vor der 1789er Revolution tanzte?

Will man also die Offenbachiaden als Zeichen der Zeit auffassen, so werden Billigdenkende nichts dagegen haben; als Kunstprodukte werden sie wohl die Wenigsten ansehen — und daher stammt ihre Vergänglichkeit, die so bald nach ihrem Auftauchen sich ihrer bemächtigt.

Dies zur Erklärung der Gleichgiltigkeit, die das Publikum gegen die Aufführung an den Tag gelegt hat. Das Spiel war von Seiten der Damen als meistens gelungen zu betrachten; von den Herren läßt sich dies nur mit großen Vorbehalten sagen. Selbst Hr. Wiesner konnte den „Baron v. Gondermark“ nicht recht zur Geltung bringen, außer in der Szene, wo er den „Spitz“ weg hat. Sonst kam der Edelmann zu wenig zu seinem Rechte, einen gewissen Schliff, eine noble Politesse muß doch dieser nordische Gentleman selbst dann noch behalten, wenn er schon „im Strudel, Strudel“ steckt. So vortrefflich Hr. Wiesner Figuren aus dem Volke darzustellen vermag, bei denen auch seine prononzirt schlesische Dialektfärbung nicht unangenehm wirkt, so wenig wollte ihm der vornehme Ton dieses „Gondermark“ gelingen. Die Hrn. Einicke, Hamm, Forti waren weder in ihrem äußeren Habitus, noch in ihrem Auftreten Franzosen, und das ist wohl die conditio sine qua non, wenn wir das „Pariser Leben“ begreifen sollen. Wenn der Aventurier „Gardefeu“ nicht anders ist, als Hr. Einicke ihn darstellte, so brauchen wir diese Exemplare wahrhaftig nicht erst in Paris zu suchen. Lob verdiente von den Herren nur Hr. Bartsch in seiner Doppelgestalt als „Frick“ und als „Prosper“, wiewohl wir von einem pariser maitre cordonnier noch ein viel schwebenderes, leichteres, eleganteres Bild haben.

Von den Damen erwarben sich unbedingte Anerkennung Frl. Holland als „Gabriele“ und Frl. Göthe als „Pauline“. Frl. Holland übertraf unsere Erwartungen; leicht in den Bewegungen, voll niedlichen Humors und in dem gesanglichen Theil mit routinirter Sicherheit ausgestattet, konnte sie auch da noch zur Geltung kommen, wo die „kleine Handschuhmacherin“ par excellence, Lina Mayr, die Lorbeern vorweg genommen hat. Ihr Couplet ad hoc, das den Posenern Schmeichelhaftes sagt und auch für die Sängerin komplaisant genug ist, war nur etwas zu lang, sonst wirkte es zündend auf das Auditorium. Nicht ganz passend schien uns ihr Kostüm im ersten Akte. Frl. Göthe verdient eigentlich den Preis, denn sie „kam — soweit wir eine Vorstellung davon haben — direkt von Paris.“ Diese Künstlerin versteht es, in Toilette, Haltung und Darstellung die feinsten Nüancen, gewissermaßen das kulturhistorische air ihrer Rollen zu erhaschen; die Lebenswahrheit ist das Kriterium ihres Talents. Sie hat einen realistischen Instinkt, der mit wunderbarer Sicherheit immer das Charakteristische der Rollen herausfindet. Nicht ganz, aber doch in den Hauptsachen genügte auch die „Metella“ des Frl. Ganz, während Frl. Dolfin diesmal mehr durch Auslassungen glänzte.

Die Kapelle, welche Hr. Kapellmeister Böhm dirigirte, spielte leicht und präzis, und auch die szenische Ausstattung war angemessen.

—m.

Das geistliche Konzert in der Pauli-Kirche.

„Was lange währt, wird gut.“

Damit ist nicht das etwas zu lange und zu reichlich ausgestattete Konzertprogramm gemeint, sondern vielmehr die so weit hinausgeschobene Zeit, welche verstreichen mußte, ehe die schon vor Weihnachten erwartete Aufführung stattfand. Dafür aber bot zunächst der gesangliche Massentheil jenen wohlthuenden und schönen, meist vollkommenen Eindruck, der es der Kritik durchaus unmöglich macht, eine Nachsicht zu üben, welche der Wohlthätigkeitszweck sonst gewöhnlich in Anspruch nimmt. Das entschiedenste Interesse erweckten das Crucifixus von Lotti, 8-stimmig, das Grellsche „Gnädig und barmherzig“ und die Motette von Joh. Christoph Bach: „Ich lasse dich nicht“. Das erstere trägt einen so echt kirchlichen Charakter an sich, ist so ernst und tief empfunden, daß man unwillkürlich der Grundstimmung den Tribut zahlen muß, welchen ein so reines, allem Tand fremdes Kunstwerk, das noch dazu ein meisterhaftes Kunststück des Satzes ist, verlangt. Erwägt man dazu die großen Schwierigkeiten, welche die Ausführung zu überwinden hat, so gereicht es dem Dirigenten, Herrn Hennig, und dem willigen schönen Chor zur ganz besonderen Ehre, daß sowohl die technische, wie die geistige Wiedergabe den Werth des klassischen Werkes, prächtig gelungen, an sich trug. Grell, der treue Hüter des Kontrapunktes, man könnte fast sagen der letzte praktische Vertreter des reinen Kirchensatzes fand in seinem: „Gnädig und barmherzig“ die vollste Würdigung. Es ist ein außerordentlich wohlthuendes Gefühl, zu wissen, daß doch noch ein Mensch lebt, welcher den alten Meistern des Kirchenstyls ebenbürtig ist. Der Mendelsohnsche 22. Psalm in seiner psalmodirenden Form, hat einen mehr dramatisirenden Zuschnitt; ein richtiges Verständniß gewinnt man erst dann, wenn Sinn und Bedeutung des Textes klar erfaßt sind. Die Ueberschrift heißt nämlich: „Ein Psalm Davids, vorzusingen von der Hindin, die frühe gejagt wird.“ Nach diesem Vorwurf entwickelt der Psalmist jenen herrlichen allegorischen Gesang, der eine Weissagung auf Christi Leiden und Herrlichkeit enthält. Die Mendelssohnsche Musik ist hier lange nicht so wirksam, wie die Arbeit in seinen anderen Psalmen, obgleich dieses Opus vielfach sehr hoch gestellt wird. Jedenfalls fehlt jene wirksame kontrapunktistische Durchführung, jene Einheit und Schönheit der Form, die dem Meister sonst eigen ist. Die Ausführung gelang vortrefflich. Die 2-chörige Motette von Johann Christoph Bach: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn“, blieb hinter dem günstigen Eindruck den das ganze Konzert hervorrief, nicht zurück, vielmehr spitzte sich in derselben die gesunde und kräftige Fülle des Wohllautes zu einer Farbenfrische, welche einen äußerst gewinnenden und freundlichen Abschluß gewährte. Vorher noch: „Ave verum“ (auf Verlangen); das gewiß nur von Kennern gemerkte hie und da durchaus nicht störende geringe Sinken aus der Tonhöhe sei nur bemerkt, um zu beweisen, daß das Wohlthätigkeitskonzert als solches durchaus keiner Nachsicht bedarf. Zwischen den Chören zog sich eine Reihe von Solo-Gesangsvorträgen hin, denen mit großem Interesse gefolgt werden konnte, da dieselben je nach Maß und Kraft ausgeführt, den gesunden Sinn, der für ernste Musik in unsern Privatkreisen herrscht, dokumentirten. Obenan sei die Baß-Arie aus „Paulus“:

Die französische Regierung gesteht den Deutschen das Recht zu, sich nach ihren Wünschen zu konstituiren; aber gerade weil sie ihnen dieses Recht zugesteht, hält sie auf die Ausführung des Prager Vertrages. Voll Achtung für diesen Vertrag, welcher Süddeutschland eine unabhängige nationale Existenz zusichert, bewahrt Frankreich eine große Reserve; aber es hält auch darauf, daß diese Reserve von allen anderen Großmächten beobachtet werde, und wenn die Baiern sich der preußischen Herrschaft nicht unterwerfen wollen, so ist es unbestreitbar, daß Frankreich Preußen das Recht nicht zusprechen kann, dies mit Gewalt zu thun. Das Nämliche ist mit Schleswig der Fall, wo eine kleine, aber muthige Bevölkerung auf die Erfüllung der Stipulationen des Prager Vertrages hofft. Preußen, dessen Souverain einen so großen Werth auf das Wort der Fürsten legt, wird gewißlich der Erhaltung des Friedens ein kostbares Pfand geben, wenn es diese Frage nicht auf unbestimmte Zeit ungelöst läßt. Frankreich würde ihm am ersten dazu Glück wünschen. Dies ist, was unsere Beziehung zu Deutschland anbelangt, eine sehr klare Politik, welche sich auf die Verträge stützt und die nicht befürchten läßt, daß Zwietracht zwischen Frankreich und Deutschland ausbricht. Wir gehen selbst weiter und behaupten, daß die Möglichkeit vorliegt, die Beziehungen zwischen den beiden Mächten vollständig, und zwar folgender Maßen zu sichern. Es ist allgemein bekannt, daß die kaiserliche Regierung die Absicht hat, die militärischen Lasten Frankreichs zu verringern. Die französische Regierung — die Reduktion des Kontingents und andere Maßregeln liefern den Beweis — will aufrichtig den Frieden, und dieser steht heute unter der Garantie eines verantwortlichen Ministeriums. Warum sollte Preußen nicht ebenfalls Garantien für seine friedlichen Gesinnungen geben? In 18 Monaten laufen die militärischen Kontrakte ab, welche in Norddeutschland das Kontingent auf 1 pCt. der Bevölkerung feststellen. Warum sollte Preußen seine Zustimmung nicht zur Herabsetzung des Kontingents geben? Seine Bundesgenossen werden einen solchen Vorschlag wohl sehr gern annehmen. Ist es nothwendig, hinzuzufügen, wie sehr eine solche Maßregel zur Befestigung des Vertrauens beitragen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auf dauernde und solide Weise herstellen würde!"

Die Erklärung, welche Graf Daru in der Kammer vorlas, lautet ihrem Hauptinhalte nach, wie folgt:

„Ich konnte gestern mich einer Unterbrechung nicht enthalten, als uns Herr Jules Favre vorwarf, die letzten Unruhen provizirt zu haben. Ich habe schon oft derartige Vorwürfe den Regierungen machen hören. Es ist eine banale, des Talents des Redners unwürdige Anklage. Die Wahrheit ist, daß die Regierung nachdem sie dem Conflikte zuvorkam, diesen auf menschliche Weise unterdrückte. Ich hatte große Mühe, mein Erstaunen zu verhehlen, als man uns anklagte, die Werkzeuge der persönlichen Regierung zu sein, wenn dieselbe nichts ohne die Unterstützung der Kammer thun kann, wenn der Wille derselben in die Räthe der Krone dringt. Frankreich ist keine Diktatur, es ist ein freies Land. Man sagte auch, daß wir unseren Prinzipien schon ungetreu seien. Ich bin von der kleinen Zahl derer, welche 1851 der Unterdrückung der öffentlichen Freiheiten keinen Beifall zollten. Ich habe zwanzig Jahre in der Zurückgezogenheit gelebt und ich habe nicht gezögert, um zwischen einem Fürsten, den ich achte, und der Freiheit zu wählen. Wenn ich in das öffentliche Leben zurückgetreten bin, so geschah es, weil die Freiheit zurückgekommen ist. Befragen Sie die öffentliche Meinung: man will Reformen, aber keine Revolution; es ist die Meinung Frankreichs, wir sind gezwungen, ihr zu gehorchen. Hr. J. Favre hat andere Fragen behandelt: er hat auf den verschiedenen Ursprung der Kammer und des Kabinets hingewiesen. Was liegt daran, wenn man dahin gelangt, daß der Wille der nämliche ist! Wir stehen einem Souverain gegenüber, der sich mehr und mehr entschlossen zeigt, eine regelmäßige Regierung in einem Lande zu gründen, das Alles die Freiheit ausgenommen, überdrüssig ist. Dieses ist auch die Aufgabe, welche sich das Kabinet gestellt. Keine Meinungsverschiedenheit besteht zwischen den Ministern, nur gemeinschaftliche Pflicht einigt sie." Graf Daru erklärt dann weiter, daß das Kabinet den Frieden wolle und daß es einig ist um ihn im In- wie im Auslande zu vertheidigen. „Man wird" — meint er — „hier keinen Stein des Gebäudes vom 2. Januar wegnehmen können, ohne daß es zusammenstürzt." Graf Daru geht dann zur Frage Betreffs der Auflösung über. „Wenn — meint er — „die Kammer und das Ministerium in Zwietracht gerathen sollten, was werden wir dann thun? Es ist leicht zu sagen. Wir werden vom Kaiser verlangen, zwischen dem Ministerium und der Kammer zu entscheiden. Wir haben nicht vorauszusetzen, was seine Antwort sein wird, aber wir sind sicher, daß er sich durch das Interesse des Landes leiten lassen wird. Wir werden uns vor seinem Willen beugen, und indem wir dieses thun, bleiben wir unserer Rolle und Pflicht getreu." So Daru. Seine Rede wurde mit großem Beifalle begrüßt. Unter denen, welche ihn beglückwünschten, zeichnete sich besonders Thiers aus. Der Sieg, welchen das Ministerium errang, ist jedenfalls als ein glänzender zu betrachten.

Gestern ist die Voruntersuchung gegen die in Folge der letzten Straßen-Kravalle verhafteten Personen beendet worden. Von den 444 Personen, welche noch im Gefängniß der Santé verhaftet waren, wurden 108 in Freiheit gesetzt und 125 werden diese Woche vor die Zuchtpolizeigerichte kommen, welche über ihr Schicksal zu urtheilen haben. Die übrigen, welche eines Attentats gegen den Staat angeklagt sind, werden im Gefängniß zurückgehalten. Unter den letzteren befindet sich auch das Individuum, welches von einer Barrikade herab einen Pistolenschuß abfeuerte, und ein anderes, welches mit einer eisernen Stange das Gewehr eines Garde de Paris zerschlug.

Italien.

Der Bischof von Laval (Dep. der Mayenne) hat am 7. Febr. von Rom aus einen Brief an den Redakteur der „Semaine Religieuse" geschrieben, welcher von der Gereiztheit, die sich der Konzilväter in Rom bemächtigt hat, ein auffallendes Beispiel giebt, zugleich aber auch von der Bedeutung, welche die schwebende kirchliche Frage in der französichen Gesellschaft und in der Provinz gewonnen hat. Msgr. Vikar gilt für einen besonders heiligen Mann, aber sein Schreiben athmet nicht eben den Geist christlicher Milde. Es lautet:

Mein lieber Herr Descars! Es ist in der Diözese von Laval immer die Rede von Msgr. Dupanloup. Man muß dem ein Ende machen. Ich erkläre hier vor Gott, und bereit, vor seinem Gerichte zu erscheinen, daß ich lieber sterben möchte, ja, auf der Stelle todt hinfallen, als dem Bischofe von Orleans auf den Wegen folgen, in denen er heute wandelt und in welche die Autorität, die man bei ihm voraussetzt, einen Theil meiner Diözesanen mitreißt. Sie wissen nicht, was er thhut, Sie wissen nicht, was er hier sagt, noch was seine Anhänger thun und sagen. Ich, ich weiß es, ich höre es mit meinen Ohren, ich sehe es mit meinen Augen. Nein, lieber auf der Stelle sterben, als zu diesen Absichten und diesen unbezeichenbaren Manövern hülfreiche Hand leisten! Ich sage es und ich werde es bei meinem letzten Athemzuge wiederholen. Ich fordere, ich will, mein lieber Direktor, daß diese Zeilen unverkürzt in Ihre nächste Nummer aufgenommen werden. Ich verlange es und übernehme alle Verantwortung dafür, Sollte ich danach nicht wieder in Laval erscheinen können, so werde ich sehr demüthig vom heiligsten Vater die Erlaubniß erbitten, in Rom sterben zu dürfen. Adieu, mein lieber Herr Descars, möge dieses Schreiben in meiner Diözese die möglichst größte Verbreitung finden. Was das Aeußere angeht, so bekümmere ich mich nicht darum und habe es nicht nöthig. Adieu, ganz in Gott und für immer

† Casimir-Alexis, Bischof von Laval.

Großbritannien und Irland.

London, 22. Febr. Lord Derby fühlt sich mit der ihm „angestammten" konservativen Partei nicht in so vollständiger Uebereinstimmung, daß er mit ruhigem Gewissen die ihm angetragene Führerschaft derselben im Oberhause übernehmen könnte. Er hat daber, wie der „Köln. Z." geschrieben wird, in einem Briefe an Lord Colville ablehnend geantwortet, weitläufiger, als man an ihm gewohnt ist. Nachdem er seinen Dank für den Beweis des Zutrauens und sein Bedauern über die Ungelegenheit, welche seine Ablehnung vielleicht verursachen könnte, ausgedrückt, giebt er seine Gründe an:

„Es ist für die befriedigende Leitung der Geschäfte einer Partei nothwendig, daß ihr Führer sowohl tüchtig als erfahren sei. Jeder Mangel in dieser Beziehung ist nicht nur den Interessen der Partei, sondern auch der ersprießlichen Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten schädlich. Ich brauche Sie aber nicht daran zu erinnern, daß das Verfahren im Oberhause mir ein durchaus neues ist und Sie werden mich nicht einer affektirten Bescheidenheit zeihen, wenn ich erkläre, daß ich für die Pflichten der Parteiführerschaft, wie ehrenvoll und wichtig sie auch seien, nach Gewohnheit und Temperament nicht geeignet zu sein glaube. Ich bin überzeugt, daß ich sowohl unseren Freunden wie dem Gemeinwesen weit weniger von Nutzen sein würde als Parteiführer denn als einfaches Mitglied des Oberhauses, und diese Erwägung bestimmt mich, mit aufrichtigem Bedauern ein Anerbieten auszuschlagen, für welches ich stets dankbar sein werde. An der Arbeit des Hauses gedenke ich mich vollauf zu betheiligen. Sie werden mich bei einer wichtigen Verhandlung nicht leicht auf meinem Platze vermissen und dürfen zuversichtlich auf den Beistand rechnen, den ich etwa zu geben vermag."

Norddeutscher Reichstag.

9. Plenarsitzung.

Berlin, 24. Febr. Eröffnung um 12 Uhr. Am Tische des Bundesraths Graf Bismarck, Delbrück, Leonhardt, v. Puttkammer u. A. Die Tribünen sind überfüllt. In das Haus eingetreten ist u. A. Abg. Aegidi; auch Abg. Wagener (Neustettin) ist auf seinem Platz. Die Kommission für das Strafgesetzbuch (2. Abtheilung, Abschnitt 8 und ff.) hat sich konstituirt: Schwarze (Vors.), v. Bernuth (Stellv.), Hosius (Schriftf), Graf Kleist (Stellv.)

Abg. Grumbrecht, unterstützt von 31 Mitgliedern der nationalliberalen Partei, interpellirt den Herrn Bundeskanzler: „Hat der Bundesrath über das vom Reichstage vorgeschlagene Gesetz, betreffend eine Aenderung des Art. 4 der Verf. des norddeutschen Bundes, bereits Beschluß gefaßt und, wenn dies geschehen, welchen? und falls ein Beschluß noch nicht gefaßt sein sollte, welche Gründe haben die Beschlußfassung des Bundesraths bis dahin verhindert?"

Der Interpellant Grumbrecht führt aus: Das Lootsenwesen hat besonders an der Elbmündung zu manchen Beschwerden geführt. Ein Stettiner Schiff „Karl Matthias", Kapitän Giesebrecht, wurde z. B. bei schwerer See nicht herangeholt, der Kapitän mußte sich mit einem sogenannten Vorsegler begnügen. Weil nun aber auf demselben drei Lootsen gewesen waren, so mußte der Kapitän das Dreifache des gewöhnlichen Lootsengeldes bezahlen. Zudem gaben auch die übrigen zum Lootsenwesen gehörigen Anstalten und Einrichtungen, wie Schifffahrtszeit, Leuchtfeuer u. s. w zu vielerlei Beschwerde Anlaß. Es ist deshalb wünschenswerth, daß der Bund über das Lootsenwesen die Oberaufsicht erhält und zu dem Zwecke recht bald das vom Reichstage beschlossene Gesetz, wonach das Lootsenwesen unter die in Art. 4 der Bundesverfassung der Bundesgesetzgebung unterstellten Einrichtungen aufgenommen werden soll, erläßt.

Präsident Delbück: Der Bundesrath glaubte, daß vor Erlaß des in Rede stehenden Gesetzes die Seeuferstaaten, als die vorzugsweise interessirten, gehört werden mußten. Es wurden deshalb die Regierungen von Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lübeck, Bremen und Hamburg zu einer so zeitigen Erklärnng über den Entwurf aufgefordert, daß der Bundesrath bei seinem Zusammentreten im Spätherbste des vorigen Jahres seinerseits sich über den Entwurf schlüssig machen könne. Die Aeußerungen sind rechtzeitig eingegangen, zwei von ihnen erklärten sich für den Entwurf, zwei gegen denselben und zwei andere hielten ihn in der Form für unannehmbar, weil er theils zu weit, theils nicht weit genug gehe. Diejenigen Staaten, die dem Entwurf zustimmten, haben dies nicht weiter motivirt, so daß anzunehmen ist, sie sind den im Reichstage für den Entwurf geltend gemachten Gründen beigetreten. Die den Entwurf ablehnenden Regierungen meinten, daß zu einer Verfassungsänderung kein Bedürfniß vorhanden sei und wenn sie, wie der Entwurf wolle, vorgenommen werde, durch dieselbe doch keine Verbesserung der Verfassung erzielt werde. Die Oberaufsicht des Bundes würde nur Unsicherheit in das Lootsenwesen bringen, bei dem vorzugsweise das Interesse der einzelnen Seehäfen in Betracht komme, das nur von den einzelnen Interessenten selbst am zweckmaßigsten wahrgenommen werden könne. Die dritte Gruppe trat bezüglich des Lootsenwesens den ablehnenden Regierungen bei. Als Gewerbetrieb, meinten sie, unterstehe das Lootsenwesen nach der Gewerbeordnung schon der Bundesgesetzgebung. Weiter zu gehen sei nicht zweckmäßig, weil es beim Lootsenwesen wesentlich auf die lokalen Verhältnisse ankomme, die nach einem einzigen Gesichtspunkte durch eine gemeinsame Gesetzgebung nicht regulirt werden könnten. Diejenigen Einrichtungen aber, welche nöthig sind, um die deutsche Wassergrenze in einer den Interessen der Schiffahrt entsprechenden Weise zu bezeichnen, hielten sie für geeignet, um der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Bundes unterstellt zu werden, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Bund weiter gehe als der Entwurf wolle. Der Bund müsse diese Anstalten für Bundeseinrichtungen erklären und aus seinen Mitteln erhalten. Zu einem definitiven Entschlusse glaubte sich hiernach der Bundesrath nicht in der Lage. Da er aber die letzte Erwägung der dritten Gruppe für formell richtig hielt und bei derselben vor Allem zu untersuchen ist, um welches finanzielle Objekt es sich dabei handelt, so sind zunächst die Seeuferstaaten ersucht, eine Uebersicht der Anlage- und Erhaltungskosten dieser Einrichtungen aus den letzten zehn Jahren einzureichen. Sobald das von allen betheiligten Regierungen geschehen sein wird, wird der Bundesrath in der Lage sein, sich in dieser Sache weiter schlüssig zu machen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Bei der dritten Berathung über den Vertrag zwischen dem Bunde und dem Großherzogthum Baden wegen wechselseitiger Gewährung der Rechtshilfe liegt folgende von dem Abg. Lasker und der nationalliberalen Fraktion beantragte Resolution vor: „Der Reichstag wolle, bei Annahme des Vertrages, beschließen, zu erklären: Der Reichstag des Norddeutschen Bundes spricht den unablässigen nationalen Bestrebungen, in denen Regierung und Volk des Großherzogthums Badens vereinigt sind, seine dankende Anerkennung aus; der Reichstag erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und nimmt mit freudiger Genugthuung den möglichst ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr."

Abg. v. Blankenburg amendirt diese Resolution dahin, daß der zweite Absatz derselben fortgelassen und statt desselben dem ersten Absatz (im Anschluß an die Eröffnungsrede) hinzugefügt werde: „und erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit."

Abg Lasker: Bei der schnellen und etwas trockenen Erledigung der Geschäfte, an die wir uns gewöhnt haben, wird es fast einer Entschuldigung bedürfen, wenn ich erst bei der dritten Lesung einer Vorlage einige allgemeine Gesichtspunkte deutscher Politik zur Sprache bringe. Diese Entschuldigung scheint mir jedoch in der Thronrede zu liegen, welche in stark betonter Weise uns aufgefordert hat, dem Gange, den die deutschen Angelegenheiten in jüngster Zeit genommen haben, unsere volle Aufmerksamkeit wieder zuzuwenden. Nicht Verträge allein seien es, heißt es da, auf denen wir fußen; die seien etwas Sekundäres; das Ursprüngliche, das Fundament bestehe in der nationalen Zusammengehörigkeit. In diesem Passus der Thronrede sehe ich wieder eingenommen den Standpunkt des natürlichen und göttlichen Rechts der Nationalität, des Bandes, das nicht gelöst werden kann, und gerade in der Betonung dieses Punktes erblicke ich die indirekte Aufforderung an uns. Wende ich mich nun zum übrigen Deutschland und frage mich, wo dieser Gesichtspunkt am reinsten zum Ausdruck gekommen

---

„Gott sei mir gnädig" und die Sopran-Arie aus dem „Elias": „Höre Israel", als nicht nur wirksam, sondern auch meisterlich durchlebt, gestellt; ohne es zu vergessen — das Sebastiansche liebliche: „Mein gläubig Herz", das „Bußlied" von Beethoven und die Arie: „Er ward verschmäht" aus dem „Elias", (letzteres von einer vielversprechenden Novize geboten) — anerkennend und dankend zu erwähnen. Die Fuge E-moll von Händel und Andante und Allegro von Töpfer spielte Bienwald.

Franz Unger.

Von Karl Vogt.

Es sind jetzt dreißig Jahre her, seit die Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Erlangen ihre Wanderstätte aufgeschlagen hatte. Von dem Unter-Aargletscher, auf dem Agassiz mit Desor, mir und einigen anderen Freunden zum ersten Male einen längeren Aufenthalt gemacht, war ich nach Erlangen hinabgeeilt als geflügelter Bote der neuen Resultate, die wir bei unseren Beobachtungen gesammelt hatten. Es herrschte viel Leben in der Versammlung; man diskutirte mehr außerhalb als innerhalb der Sitzungen, verspeiste eine unendliche Anzahl von Karpfen und Würstchen und trank noch mehr Bier dazu — kurz, es war eine echt deutsche, höchst gemüthliche Sitzung. Ich war hart zusammengestoßen mit Leopold v. Buch, dem alten Brummbär, der eine jede Beschäftigung mit Gletschern und Findlingsblöcken für einen Eingriff in seine persönlichen und dinglichen Rechte ansah, und als ich nach einer solchen Begegnung mich einigermaßen betroffen zurückzog trat ein Mann in grauem Jagdrocke mit grünen Aufschlägen, den kecken Kopf mit einem Tirolerhut bedeckt, auf mich zu, schüttelte mir die Hand und sagte: „Lassen Sie Sich nicht einschüchtern! Sie sind auf dem rechten Wege!" Damit drehte sich der Jagdrock um, und ehe ich ihm ein Wort erwidern konnte, war er in eine Gruppe eingetaucht, in welcher ich den Grafen Sternberg zu erkennen glaubte.

Wer war das? fragte ich einen Bekannten. „Kennen Sie den nicht?" antwortete dieser. „Das war ja Unger, der Botaniker, der die merkwürdigen Beobachtungen über die Sporen der Vaucheria gemacht und gesehen hat, wie diese Fortpflanzungskörner sich mit Flimmerhaaren bekleiden, wie sie innerhalb der Fadenröhre, in welcher sie sich bildeten, sich umherdrehen, endlich die Röhre durchbrechen, eine Zeit lang als Infusorien im Wasser kreisen und wirbeln, bis sie endlich zu Boden sinken, sich festsetzen, die Flimmerhaare verlieren und zu einem Algenfaden auswachsen. Die Deutung, die er diesen Vorgängen giebt, indem er sie als eine „Thierwerdung" auffaßt, mag wohl nicht ganz richtig sein, aber merkwürdig sind diese Beobachtungen immerhin und öffnen der Forschung ein neues Feld." „Was Sie sagen! Das ist Unger? Ich hielt ihn für einen Forstmann, so frisch und fröhlich schaut er in die Welt hinaus. Seine Augen sehen gar nicht wie die eines Mikroskopikers aus, nicht wie Stubenaugen." „Ist auch kein Stubenmensch," antwortete jener, „sondern eine durch und durch poetisch angelegte Wald- und Bergnatur, ein echter Steierer! Kommen Sie heute Abend in die blaue Glocke? Dort ist das beste Bier, und da wird Unger wohl nicht fehlen!"

Wenn ich später etwas von Unger sah oder las, stand mir immer der Jägerrock und der Tyrolerhut mit den hell blitzenden Augen darunter vor der Erinnerung. In allen seinen Erzeugnissen paarten sich zwei Eigenschaften, die man selten zusammen findet: genaue, geduldige, bis ins Einzeine gehende Beobachtung und Untersuchung mit einem tief poetischen, künstlerisch gebildeten und geläuterten Elemente, das seinen Kombinationen und Schlüssen einen eigenthümlichen Reiz verlieh. Bald wandte er sich vorzugsweise den Pflanzenversteinerungen zu, und man kann wohl sagen, daß er in Deutschland so, wie in Frankreich Adolphe Brongniart, Bahnbrecher auf diesem Gebiete war. Von seinen vielen Arbeiten will ich nur zwei erwähnen, die von dem poetischen und künstlerischen Sinne Zeugniß geben, der ihn beseelte. Das eine ist eine kleine Broschüre von wenigen Seiten: „Der Lindwurm von Klagenfurt." Die mehr als 20 Fuß lange Statue des Ungethüms, aus einem einzigen Blocke grünen Alpenschiefers ausgehauen, steht bekanntlich mit aufgerissenem Rachem, angezogenen Flügeln und geringeltem Schweife auf kurzen Eidechsenbeinen auf dem Markte zu Klagenfurt vor einer Mannsfigur, die eben mit einem Morgensterne zum Schlage ausholt und Herkules bekannt wird, während sie offenbar nach Kleidung und Schnurrbart einen Bauer aus Kärnthen darstellt, welcher der Sage nach den Lindwurm erschlug. Die Figur wurde, wenn ich nicht irre, im Anfange des siebenzehnten Jahrhunderts von einem vaterländischen Künstler im Steinbruche ausgehauen und mit vielen Mühen glücklich an Ort und Stelle gebracht. In den napoleonischen Kriegszeiten besetzten die Franzosen Klagenfurt — eine Anzahl kletterte in tollem Uebermuthe auf die Statue, pflanzte sich rittlings auf den langen Schwanz und ritt denselben ab, so daß er donnernd in das Becken des Brunnens fiel und nachher wieder angesetzt werden mußte. Der Volkswitz beschäftigt sich besonders mit dem Herkules, und man erzählt in Klagenfurt, daß man einen naiven Sohn des Mars glauben gemacht habe, um 12 Uhr schlage er mit seiner Keule zu, was dieser auch treulich abgewartet und dann bedauert habe, daß die Maschinerie wohl zu Schaden gekommen sein müsse. Andererseits behauptet der Kärnthner, der Lindwurm reiße nur aus Langerweile das Maul auf und gähne, weil er schon seit zweihundert Jahren warten müsse, bis Jener zuschlage. — Unger sieht den Lindwurm, seinem künstlerischen Gedächtnisse prägt sich die sonderbare Gestalt des Kopfes ein — er findet im Museum einen Schädel, der für den Kopf des Lindwurms gilt und der mit dem Kopfe der Statue allerdings Aehnlichkeit hat; er erkennt den Schädel für denjenigen eines fossilen Nashornes, das mit dem Mammuth gemeinschaftlich vorkommt, und — packt so mit sicherer Hand den faktischen Schlüssel zu den Drachensagen, welche in der heidnischen wie in der christlichen Mythologie umgehen!

Weit bedeutender sind seine landschaftlichen Darstellungen aus der Urwelt. Hier reicht der Gelehrte dem Künstler die Hand und läßt ihn Bilder schaffen, die seitdem vielfach wiederholt, verändert und nachgeahmt, aber nicht übertroffen werden konnten. Aus den vorhandenen Resten werden die Pflanzen, welche in früheren Perioden auf der Erde wuchsen, in ihrer Gesammtform wieder hergestellt und diese oft seltsamen Gestalten zu landschaftlichen Bildern vereinigt, welche den besten Kompositionen an die Seite gesetzt werden können. Man sieht, daß derjenige, welcher diese Bilder zusammenstellte, selbst den Stift und den Pinsel zu führen wußte, daß er die Vertheilung von Licht und Schatten kannte, sich Rechenschaft gab über die Formen, welche in Vorder-, Mittel- und Hintergrund die beste Wirkung hervorbringen — kurz, daß der Künstler mit dem Naturforscher aufs innigste verschmolzen war.

Als ich im Beginne des Februar nach Graz kam, wohin Unger sich seit kurzer Zeit nach Aufgebung seiner Professur in Wien zurückgezogen hatte, um nur der Wissenschaft zu leben, war meine erste Sorge, ihn aufzusuchen. Ich traf ihn, zwar grau geworden, aber frisch und heiter, lebendigen Geistes, mit reger Theilnahme allem folgend, was die Wissenschaft Neues bietet. In seinen Wohnräumen zeigte sich derselbe Geist, der sich in seinen Werken bethätigte. Zwischen kleineren Landschaftsbildern von der adriatischen und griechischen Küste, von seiner eigenen Hand gefertigt, prangten größere Landschaften, die den Meister im Fache verriethen — die Gegend von Pikermi in Griechenland zur Zeit, wo jene großen tertiären Thiere lebten, deren Knochen man dort findet; eine Darstellung des Urmenschen, wie er ein Rhinoceros beim Todtenmahle verzehrt. Man sprach von Lesina, wo Freund Oskar Schmidt, der dort seine Badeschwammzucht betreibt, im nächsten Herbste wieder einen Besuch machen wollte. „Wir gehen doch zusammen?" „Versteht sich", antwortete Unger und zu mir gewendet, „kommen Sie auch mit! Ich führe Sie dann nach Korfu, dem Paradiese des Mittelmeeres!" Seine Augen leuchteten wie die eines Jünglings.

Zwei Tage darauf erhielt ich ein Billet nebst einigen seiner Schriften. „Ich bin krank, sonst hätte ich die beiliegenden Kleinigkeiten persönlich gebracht." Er lag an einem sogenannten Hexenschuß zu Bette. Am Tage meiner Abreise besuchte ich ihn. „Ich bin fast wieder hergestellt", sagte er mir, „habe kaum noch Schmerzen, morgen stehe ich auf. Wie schade, daß ich gerade jetzt krank werden mußte!" Wir plauderten wohl eine Stunde zusammen, vom Hundertsten ins Tausendste kommend — er fröhlich und heiter, von dem Sommer sprechend, den er auf seiner Villa, vom Herbste, den er in Lesina zubringen wollte; von dem Kampfe um Geistesfreiheit, an dem er den lebhaftesten Antheil als Vorkämpfer nahm — zwölf Stunden darauf war er eine Leiche!

Unger hat, wie es scheint, unter den ruchlosen Händen eines Diebes sein Leben geendet. Es ist ein großer Verlust für Oesterreich, ein größerer für die Wissenschaft, und der größte vielleicht für seine schöne Vaterstadt Graz, wo er der anregende und fördernde Mittelpunkt des wissenschaftlichen Lebens war. (Köln. Z.)

ist, so finde ich zwar überall Parteien, die das Ziel voller Einigung auf ihre Fahne geschrieben haben, aber am reinsten und völlig ungetrübt, das werden Sie Alle zugestehen, gelangt dieser Gedanke zum Ausdruck in Baden. Und das nicht von heute oder gestern erst, nein, seit länger als zehn Jahren hat unter den verschiedensten Verhältnissen und Aussichten Baden unablässig dieselbe Politik verfolgt; nur einmnl hat eine Abweichung von derselben stattgefunden, und das geschah durch vis major. Seit dem Wiedererwachen populärer und nationaler Bestrebungen im Jahre 1860 begann die Gemeinsamkeit nationaler Politik zwischen Baden und Preußen. Das gelangte 1863 zu einem heilsamen Ausdruck, als bei Gelegenheit des von Wien aus berufenen Fürstenkongresses Baden in einem Protest gegen die Politik Oesterreich erklärte, es gäbe keine deutsche Politik, bei der Preußen nicht das erste Wort zu sprechen habe. In den Jahren 1864 und 1865, wo es wahrlich schwer war, bei der verschlungenen Politik, welche die beiden deutschen Großmächte damals verfolgten — war Baden immer der getreueste Bundesgenosse Preußens. Wenn dann 1866 nach langem Widerstande Baden sich den Preußen widerstrebenden Mächten hat anschließen müssen, so ist das nur geschehen — wie hier allgemein bekannt ist — nachdem von Berlin aus mitgetheilt war, daß hier ein Stützpunkt für Baden zum längeren Widerstande gegen die übrigen Südstaaten nicht vorhanden sei. Der erste zum Friedensschlusse wiederum war Baden, und seitdem hat er kein Geheimniß daraus gemacht, weder Regierung noch Fürst, noch die Stimme des Volkes, daß das unmittelbare Ziel des Strebens Aller darauf gerichtet sei, dem neugestifteten norddeutschen Bunde als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied beizutreten. Ich weiß keine Zeit, in welcher bei irgend einem deutschen Stamme die aufopfernde unermüdliche patriotische Gesinnung so anhaltend dauernd zum Vorschein gekommen wäre, so frei von jedem Nebeninteresse sich geltend gemacht hätte, als es seit 1866 in Baden der Fall ist. M. H., unter großen Opfern wurde und wird diese Politik von Baden gleichmäßig aufrechterhalten. Schon daß Preußen es seiner Zeit für nöthig befunden hat, Baden eine Kriegskontribution aufzuerlegen — worüber ich eine Kritik nicht fällen will — schon dadurch sind große Schwierigkeiten für Baden geschaffen. Man erzählt sich, es sei die Kontribution auferlegt worden, um nicht die Meinung zu erregen, als habe Baden nur zum Schein gegen Preußen gestanden. Ich will mich, ich wiederhole es, auf die Motive nicht einlassen, aber das Volk in Baden hat das schwer empfunden, nicht blos um des Geldes, nein hauptsächlich um der deutschen Ehre willen. Baden hat ohne Deutelei und bis in die kleinsten Details die norddeutsche Bundeskriegsverfassung bei sich eingeführt und trägt die Lasten derselben ganz in derselben Weise, wie irgend ein Mitglied des nordd. Bundes. Und wenn das Volk in Baden darüber klagt, so richtet sich die Klage nur dahin, daß man den entsprechenden Ersatz für diese Lasten, den Eintritt in den Bund nicht erlangen kann. Ich spreche dabei natürlich nicht von denjenigen, die sich überall so gut wie heimathlos halten, die das Ziel ihrer Politik in einer anderen Hauptstadt suchen, die abgetrennt von den übrigen Katholiken eine besondere katholisch-ultramontane Politik treiben. Baden hat außerdem die Erhaltung der Festung Rastatt aus eignen Mitteln auf sich genommen. Baden hat, als es sich jüngst um eine Anleihe handelte, sehr günstige Bedingungen nicht angenommen, um zunächst die Normativbestimmungen zu erwarten, die der norddeutsche Bund über Prämienanleihen erlassen wird. M. H,. auch außer diesen Opfern sind die Verdienste, die Baden sich um die deutsche Politik erworben hat, nicht zu unterschätzen. Baden hat den Gedanken an einen Südbund von Anfang an unterdrückt und hat seinerseits alles gethan, um wenigstens sachlich schon jetzt die Einheit so weit wie möglich herzustellen. Einer der Beweise davon ist auch der gegenwärtige Jurisdiktionsvertrag. Ich kann nicht umhin, denjenigen Männern meine volle Anerkennung auszusprechen, welche in ununterbrochener Reihenfolge die Politik Badens in dieser Richtung erhalten haben, Männern wie Roggenbach, Matthy und Jolly, in eben so warmem Maße aber auch einem Manne, wie Kiefer, der von Stadt zu Stadt für Preußen wirbt, der für Preußen eintritt, zu jedem Ort und zu jeder Zeit, wie schwer es ihm als liberalem Manne auch werden mag, wenn er die populäre badische Regierung zusammenhält mit der preußischen Regierung, die in den meisten Stücken gerade das Gegentheil davon ist. M. H., ich spreche nicht gern ein Lob über ein Fürstenhaus aus (Heiterkeit), die Fürsten haben ja genug Personen um sich, die aus Neigung oder aus Lebensstellung ihr Lob auf allen Straßen verkünden. Aber m. H., wenn ich Männer, wie das Bruderpaar in Karlsruhe in dieser deutschen Gesinnung verharren sehe, bereit zu den Opfern, die jeder Zeit einem Souverän und namentlich unseren kleinen deutschen Souveränen so schwer gefallen sind, so will ich doch das bescheidene Lob aussprechen, daß ich sie für deutsche Männer und für echt deutsche Bürger halte. Bei alledem nun, m. H., tritt mir eine Frage entgegen, die mir räthselhaft erscheint, die Frage, warum denn der Eintritt Badens in den Nordd. Bund nicht erfolgt. Wer verhindert diese Vereinigung? Wir haben Alle den Nordd. Bund uns nur als Provisorium gefallen lassen. Die Möglichkeit ist hier geboten, ihn zu erweitern, den ersten Schritt zu thun zu seiner Ausdehnung auf ganz Deutschland und dennoch wollen die beiden Hände nicht zusammentreffen. Auf Seite Badens, das ist klar, liegt die Schuld nicht. Sie muß also auf der Seite gesucht werden, welcher verfassungsmäßig die Initiative für die Einigung zusteht. M. H., nach meiner Anschauung hört Deutschland auf, getheilt zu sein, sobald wir über den Main gegangen sind. Sobald der Nordbund bis Konstanz und den Bodensee hin reicht, wird er in Wahrheit ein deutscher Bund sein und wer sich dann von demselben noch ausschließt, wird dann, ohne einen weiteren Vorwand noch benutzen zu können, nichts weiter sein, als ein dissidentischer Staat. Weder Würtemberg noch Bayern können sich dann noch darauf berufen: wir sind der Süden und darum treten wir dem Nordbund nicht bei. Darum hat die Aufnahme Badens in den Nordd. Bund nicht etwa blos die Bedeutung einer Vergrößerung desselben um etwa 1½ Millionen, nein, er ist der Beginn der Vollendung, die in der Einigung Deutschlands besteht. Ich kann unmöglich glauben, daß Rücksichten der auswärtigen Politik bei dieser Verzögerung maßgebend sind. So weit ein Laie zu sehen im Stande ist, sind gerade die beiden einzigen Mächte, die hier in Frage kommen können, Frankreich und Oesterreich, hinlänglich mit sich selbst beschäftigt, Frankreich sogar in dem Grade, daß die Existenz seiner Dynastie auf dem Spiele steht. Und wollen sie sich dennoch mit dem Auslande beschäftigen, so liegt ihnen ja in Rom Stoff genug vor. Aber, m. H., ich zweifle nicht daran, daß Rücksichten auf das Ausland es nicht sind, welche unsere Politik bestimmen. Sie kennen ja jene Erklärung, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen kein Echo findet. Als wir die norddeutsche Bundesverfassung beriethen, glaubten wir dieselbe nicht besser zum Abschlusse bringen zu können, als durch Annahme des Schlußartikels, wonach die Aufnahme jedes einzelnen süddeutschen Staates in den Bund auf Antrag des Präsidiums im Wege der Gesetzgebung erfolgen solle. Die Verantwortlichkeit für den Nichteintritt Badens beruht allein bei denjenigen, die die Politik des Bundespräsidiums leiten; denn sofort würde Baden den Antrag auf Aufnahme in den Norddeutschen Bund stellen, wenn es nicht eine Zurückweisung zu befürchten hätte, welche im Volke als Demüthigung empfunden werden würde. Ich würde einen Hauptzweck meines Antrages erreicht sehen, wenn die heutige Verhandlung dies Räthsel ein wenig lichtete. Wenn ich nicht einen direkt die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund verlangenden Antrag gestellt habe, so ist dies aus Achtung vor dem stillschweigenden Votum des Hauses geschehen, das in seinen Motiven zur Ablehnung einer Adreßdebatte gelegen hat. Direkt aber erklären muß ich mich gegen das Amendement v. Blanckenburg; ich will gerade den Irrthum nicht aufkommen lassen, als ob mit Verträgen allein die Sache gethan sei. M. H., ich halte es für eine Pflicht der Dankbarkeit, daß diese Versammlung ausspricht, wie sehr sie die Dienste und Opfer Badens anerkennt; aber wir achten solche Bestrebungen nicht darum, weil damit etwa Alles gethan wäre, was an Deutschland zu leisten ist, sondern weil sie darauf gerichtet sind, endlich die gänzliche Einigung Deutschlands herbeizuführen. (Bravo!)

Abg. v. Blanckenburg. Noch niemals in meinem parlamentarischen Leben war ich so versucht, die Thronrede durch eine Adresse zu beantworten, als diesmal, wo der Schirmherr des Bundes in so herzerwärmender Weise die Zusammengehörigkeit aller deutschen Staaten und Stämme betonte, daß sie wohl verdient hätte, einen Wiederhall in einer Adresse des Reichstages zu finden, deren Erlaß zu beantragen ich nahe daran war, zumal in demselben Augenblick eine Partei an der Isar das nationale Gefühl, das die Thronrede durchströmt, tief beleidigt. Dennoch habe ich mir den Antrag auf eine Adresse versagt, als ich nach Besprechung mit den Häuptern aller Fraktionen fand, daß keine eine von dem Zusatz ihres Parteiprogrammes durchaus freie Antwort zu geben geneigt war, das Haus also noch nicht auf der politischen Höhe sich befindet, um eine einmüthige, zusatzlose Erwiderung auf die schönen Worte der Thronrede zu Stande zu bringen. Aber ihre Herzenswäre stieß auf die abkühlende, jedes deutsche Gefühl verletzende Sprache der bayrischen Patrioten, (Redner verliest den bekannten Artikel: „Wir sind mit Hohenlohe fertig geworden und werden es mit den Preußen auch rc.“), eine Sprache französischer Tiraden, wie sie 1806—1815 herrschte, aber nicht jetzt in den französischen Humbug hineintreiben sollte. Dabei ist es ein Irrthum der bayrischen „Patrioten“, wenn sie glauben, dem preußischen Partikularismus der Pickelhauben liege etwas an dem Bestande der Militär- und Zollvereinsverträge mit dem Süden. Im Gegentheil, sein Interesse verlangt die Kündigung des Zollvereins, der dem Süden auf Kosten des Nordens die Taschen füllt und ein bis an den Main reichendes Preußen erscheint ihm ohne die bayrischen Bayonnette viel sicherer Frankreich gegenüber als mit ihnen. Aber trotz aller Nachtheile um Deutschlands willen, hält Preußen an jenen Verträgen fest. Sollte die bayrische Adreßpartei, deren Ziele weiter und höher gesteckt sein sollen, als nur den Fürsten Hohenlohe zu beseitigen, ihre Zwecke erreichen, dann bliebe ihr nichts übrig, als ihre Ordres von dem absoluten Rom zu holen, dessen Geist in der gegen das ketzerische, zum Königreich erhobene Preußen gerichteten Bulle von 1701 genügend gekennzeichnet ist. Aber ich hoffe zu Gott, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen nnd daß jene Partei an der Isar an ihrem undeutschen Wesen zu Grunde gehen wird. — Redner wendet sich sodann gegen den Antrag Lasker, der eine selbstverantwortliche Politik treiben will. Er theilt die Anerkennung für Badens nationale That, findet es aber bedenklich, Regierung und Volk gleichmäßig zu loben. Die bindende Bedeutung der Verträge werde von Lasker unterschätzt. Die Aufnahme Badens in den Bund kann nur das Bundespräsidium beantragen, das die Opportunität erwägen müsse. Hr. Lasker hat die besten Korrespondenzen darüber, daß Oesterreich und Frankreich nur noch mit sich und Rom beschäftigt sind und wird als Bundeskanzler demgemäß verfahren. (Heiterkeit.) Warum wundern Sie sich, wenn ich das sage? Eine Partei, die so auftritt, wie die Ihrige, muß die Führung der Geschäfte zu übernehmen gefaßt sein. Verstehen Sie die auswärtigen Dinge besser, so sagen Sie es dem Bundesrathe und dem Präsidium, oder der Antrag mußte bestellte Arbeit sein. Sonderbar ist es, daß die Gegner der Reorganisation der Armee und der Kriege von 1864 und 66 jetzt die Früchte des Baumes essen wollen, als hätten sie ihn gepflanzt. Noch aber haben Sie es in der Hand durch einmüthige Annahme meines Antrages, bevor noch ein Wort vom Tische des Bundesrathes gefallen ist, zu verhüten, daß dieses Wort vielleicht Ihnen und Ihren Freunden in Baden mißfällt. Ueberall wird ungeduldig gemurrt: dem einen geht die nationale Bewegung zu rasch, dem andern zu langsam. Ich aber weiß, daß, wer sich dem Bundeskanzler und dem Bundesrathe entgegenstellt, nicht nur den Bund, sondern auch sein engeres Vaterland schädigt, mag dieses engere Vaterland auch Preußen sein. Rückwärts können wir nach 1866 nicht mehr, also vorwärts! (Beifall.)

Graf v. Bismarck: Der Umstand, daß der Antrag von Namen unterschrieben ist, deren Träger mir ihr Vertrauen häufig ausgesprochen, mitunter auch bewiesen haben, nöthigt mich zu der öffentlichen Erklärung, daß ich diesem Antrage vollständig fremd bin, daß er mir überraschend und im höchsten Grade unerwünscht gekommen ist, daß ich Anfangs geneigt war, ihn für einen politischen Fehler zu halten und daß ich nach der Rede des Herrn Abg. Lasker ihn noch dafür halten muß. Anfangs glaubte ich, daß der Accent auf die Worte „möglichst ungesäumt“ zu legen sei. Dies richtig verstanden, hätten wir unter Umständen sehr bald zu einer Einigung kommen können. Die Rede des Abg. Lasker hat aber dieses „möglichst ungesäumt“ meiner Ueberzeugung nach vollständig eliminirt. Ich bedaure die Tendenz, die mit dem Antrage kund gegeben wird, aus zwei Gründen; einmal, weil sie mir von Neuem den Beweis liefert, wie schwer es ist für große parlamentarische Versammlungen dasjenige Maß von Selbstbeschränkung im eigenmächtigen Hineingreifen in die auswärtige Politik einzuhalten, welches allein die Exekutivmacht befähigt, in Anlehnung an das Parlament ihre Ziele zu erreichen. Auf die Weise, daß hier ein solcher Antrag eingebracht, wird ohne vorhergehende Verabredung mit mir, ohne vorhergehende Vergewisserung, daß die Erklärungen, die zu geben sind, nicht ungern gegeben werden, können wir keine gemeinsame Politik treiben, auf diese Weise wird mir die Stütze, die Sie mir in Aussicht stellen, ein Gegenstand des Bedauerns, und zwar um so mehr, als ich unter der Wirkung der Rede des Hrn. Antragstellers mich nicht von der Besorgniß losmachen kann, daß dieser Antrag allerdings im Auftrage aber nicht in meinem gestellt ist. Der Herr Redner bekundete so starke Beziehungen zur großherzoglich-badischen Regierung, wie sie mir nicht eigenthümlich sind. Er weiß nicht nur über ihre Intentionen Bescheid, sondern machte sich auch anheischig, das etwa fehlende „Amtliche“ sofort zu beschaffen. Mir wurde dadurch nur der Eindruck verschärft, daß er mehr im Interesse der badischen als der diesseitigen Regierung sprach, ja daß — ich würde mich herzlich freuen, wenn dies unbegründet wäre — aus seinen Worten eine gewisse Müdigkeit der badischen Regierung hervorklang, die Opfer, die er mit Recht an ihr rühmte, weiter zu bringen, eine Müdigkeit, an die ich kaum glauben möchte. Wenn nun von meiner Seite eine Antwort erfolgt, die für die badische Regierung kein Räthsel ist, und wenn die badische Regierung das Bedürfniß gehabt hätte, dies Räthsel nicht für sich, sondern für das Publikum gelöst zu sehen, dann müßte ich allerdings bedauern, daß es dazu eines solchen Vorgangs hier bedurfte. Wenn der Antrag nur dahin gegangen wäre, der badischen Regierung das Zeugniß öffentlich auszusprechen, das der Hr. Antragsteller ihr hier ertheilt hat, und von dem ich wünschte, daß er es in derselben Unparteilichkeit und Liebe auch der preußischen Regierung möchte zu Theil werden lassen, — dies zu bezeugen, hieße Eulen nach Athen tragen. Die Haltung der badischen Regierung, den Muth, den sie den Schwierigkeiten im Innern, wie dem Auslande gegenüber bewiesen hat, die Hingebung an die nationalen Zwecke, die sowohl S. H. der Großherzog wie der verstorbene Minister Mathy an den Tag gelegt haben, hier zu rühmen, haben wir kein Bedürfniß. Kommt es darauf an, der badischen Regierung dieses Zeugniß von der kompetentesten deutsch-nationalen Versammlung ausstellen zu lassen, so unterschreibe ich den Antrag und kann im Voraus versichern, daß bei der badischen Regierung kein Zweifel darüber ist, daß die verbündeten Regierungen und ihr Präsidium dem Zeugniß aus vollem Herzen beistimmen. Aber der Herr Redner ging weiter. Er verwandelte in seinen Ausführungen den Antrag in ein Mißtrauensvotum gegen die bisherige auswärtige Politik. Er hat ihn mit großer Entschiedenheit dahin erläutert, daß das Präsidium gedrängt werden solle, von seiner Befugniß, die ihm durch § 79 der Verfassung ertheilt wird, Gebrauch zu machen, die dazu nothwendige Grundlage sei in wenigen Wochen zu beschaffen. Ich erwidere ihm: Ich wünsche sie nicht. Das Räthsel, das zu lösen ist, ist für die badische Regierung längst gelöst. Wünscht man den Eintritt Badens in den Bund, so kann Niemand von uns denselben als einen definitiven Abschluß der deutschen Frage betrachten, sondern nur als das Mittel, zwischen Norddeutschland und dem gesammten Süden Deutschlands diejenige engere Vereinigung herbeizuführen, die wir Alle erstreben, in welcher Form es auch sei, die ich aber dahin definiren möchte, daß wir die gemensamen Institutionen, über die wir uns in aller Freiwilligkeit einigen, ohne Drohung, ohne Pression, ohne Druck herbeiführen. Der verstimmte, gezwungene Bayer in der engsten Genossenschaft kann mir nichts helfen und ich würde einem Zwange vorziehen, lieber noch ein Menschenalter zu warten. Es fragt sich, an welcher Stelle ist Baden der einzige offizielle Träger des nationalen Gedankens unter den vier süddeutschen Staaten, an welcher Stelle ist es der nationalen Einigung förderlicher, als Bestandtheil des Bundes oder als selbstständiger Staat? Ich bin überzeugt, wenn Baden in seiner nationalen Pflege durch seine Regierung, durch seine Volksvertretung, ja durch die Majorität seines Volkes wie bisher fortfährt, daß es dann der Verwirklichung des nationalen Gedankens als einzelner Staat im Süden nützlicher ist, wie als ein Theil des Nordd. Bundes. Vergegenwärtigen Sie sich die Frage in Bezug aus Bayern. Wenn wir mit Bayern nur in seiner jetzigen Zusammensetzung, Altbayern, Niederbayern und die Niederpfalz, zu thun hätten, da würde die nationale Einigung viel weiter hinausliegen, als jetzt, wo im bayerischen Lager abgetrennt von Bayern Freunde für uns wirken. Hätte man nicht 1866 den Gedanken haben können, aus den drei Franken ein Reich zu machen und dies einem nationalgesinnten Fürsten zu geben? — Ob der zum Nordbunde oder Südbunde gehörte, wäre ganz gleichgiltig gewesen — wäre dann aber nicht der Ueberrest für die deutsche Einheit verloren gewesen? Deshalb glaube ich, thun wir nicht gut, das Element, was der nationalen Entwicklung im Süden am günstigsten ist, mit einer Barriere zu umgeben, gewissermaßen — wenn ich ein triviales Bild gebrauche, so schreiben Sie dies meiner Betheiligung am landwirthschaftlichen Kongreß zu — den Milchtopf abzusahnen und das Uebrige sauer werden zu lassen. (Heiterkeit.) Die glückliche Wirkung Badens bisher auf den Süden würde damit verloren gehen. Ist aber durch eine Anerkennung dieser Wirkung dieselbe zu erhöhen, ist der badischen Regierung daran gelegen, gerühmt zu werden, um in ihrem Eifer nicht zu erlahmen, so würde ich mit dem Herrn Antragsteller im Lobe Badens wetteifern. Mit der Einverleibung Badens in den Bund würden wir einen fühlbaren Druck auf Würtemberg und Bayern ausüben. Bei der dort wachsenden Verstimmung wäre leicht zu befürchten, daß ein Rückschlag erfolgte und durch eine voreilige Aufnahme Badens in den Bund die Herbeiführung der vollständigen Einigung um 5 Jahre verzögert würde. Wäre das nicht sehr zu bedauern? Ja, wenn jetzt in Bayern noch eine neue Wahl stattfindet — ob sie nothwendig sein wird, weiß ich nicht, da ich nicht so genau wie der Hr. Antragsteller unterrichtet bin — wäre es nicht ein Verlust von wenigsten einer Wahlperiode wenn wir der Partei, die dort die Majorität hat, irgendwelche scheinbar plausiblen Gründe einer Pression in die Hand gäben als Handhabe bei den Wahlmanövern, um die Abneigung gegen den Nordbund zu steigern? Auf der andern Seite müssen wir die Wirkung betrachten, die die Einverleibung Badens auf das Großherzogthum selbst ausüben würde. Gegen den Westwind würde es allerdings der Bund mit seinem Mantel schützen; aber auf die militärischen Möglichkeiten, die der Herr Vorredner supponirte, lege ich überhaupt kein so großes Gewicht, daß ich deshalb Baden als eine Insel des Norddeutschen Bundes hinstellen möchte. Aber wie liegt die Sache wirthschaftlich? Die Art, wie diese Seite berührt ist, zeigt, daß die Zumuthungen, die wir an die einzelnen Bundesgenossen stellen sollen, doch etwas hart sind. Wäre es nicht eine Härte, wenn Baden bezüglich der künftigen Bildung des Zollvereins nicht mehr die Freiheit der Entschließung haben sollte? Würde man uns nicht für hart halten, wenn wir Baden im Zollverein behielten und Hessen ausschlössen — ein Fall, zu dem die Wahrscheinlichkeit nicht vorliegt, daß er eintreten wird (Heiterkeit) Ich habe nicht der Wunsch, ein Land von der geographischen Ausdehnung Badens als eine Insel im Zollverein einzuengen. Thäten wir es, so würde das in Baden sicher eine Rückwirkung hervorrufen, und es würde dahin kommen, daß man den Bund als eine Quelle von Verdrießlichkeiten bezeichnete. Käme deshalb jetzt an das Präsidium von Karlsruhe aus der Antrag auf Aufnahme Badens in den Bund, so würde ich im Interſſe des Bundes und Badens, sagen: „rebus sic stantibus“, muß ich den Antrag ablehnen, ich werde Euch aber den Zeitpunkt bezeichnen, wo uns Eure Aufnahme im Gesammtinteresse Deutschlands und im Interesse der Politik, die mir bisher — ich darf wohl sagen — nicht ohne Erfolg durchgeführt haben, angemessen erscheint.“ Als ich den Antrag las, hatte ich das Gefühl, daß dem Herrn Antragsteller zu Muthe sei, wie dem Heißsporn, den Shakespeare schildert, der, nachdem er ein halbes Dutzend todtgeschlagen hat, meint, daß noch gar nichts gethan sei. (Heiterkeit) Auch dem Herrn Antragsteller scheinen unsere bisherigen Schritte zur Einigung nicht zu genügen, er will, daß etwas geschehe. Aber unterschatzen Sie das wirklich Geschehene nicht. Denken Sie zurück auf die Jahre vor 1848 und 1864, mit wie Wenigem wir damals zufrieden waren. Haben wir im Zollparlament in Bezug auf Süddeutschland nicht ein kostbares Stück nationaler Einheit erreicht? Ich kann dreist behaupten: Uebt nicht das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es seit 500 Jahren unter der Herrschaft der deutschen Kaiser nicht der Fall gewesen ist? Wo ist seit der Zeit der ersten Hohenstaufen ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege und eine wirthschaftliche Einheit in den deutschen Landen gewesen? Unterschätzen Sie das nicht, sondern genießen Sie einen Augenblick froh, was ihnen beschieden ist (Heiterkeit). Der erste Herr Redner griff in seiner Rede vielfach auf Verdrießlichkeiten der Vergangenheit zurück, z. B. auf die Kriegskontribution. Der Krieg ist kein Spaß, von dem man, wie von einem Mannöver, nach Hause geht. Die Kontribution wurde nicht als Strafe auferlegt, sondern wir wollten nur erreichen, was national nützlich war. Glauben Sie nicht, daß die Mehrheit der Bevölkerung von Sachsen, Hessen, ja selbst von Hannover feindseliger gegen uns gewesen ist, als die Mehrheit der Bevölkerung von Baden. Wenn die sächsische Bevölkerung hätte abstimmen können, sie würde sicherlich das Ergreifen der Waffen gegen uns abgelehnt haben. Niemand hat etwas darin gefunden, daß Sachsen mit einer Kontribution belegt wurde; aus denselben Gründen hat Se. Maj. der König der Kontribution, die Baden auferlegt ist, zugestimmt. Der Herr Antragsteller sieht mit großer Bestimmtheit in der Aufnahme Badens den Anfang der Vollendung des Bundes; ich sehe darin nicht blos einen Anfang der Hemmung, sondern einen ziemlich dauernden Hemmschuh des Weiterarbeitens. Ich kann nur dringend bitten, daß Sie der gegenwärtigen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes, der Sie namentlich beim Zustandekommen der Verfassung vertrauen, mitunter in einer mich beschämenden Weise bekundet haben, dieses Vertrauen nicht dadurch zu beweisen, daß Sie den Antrag annehmen. Ich würde das als ein Zeichen des Mißtrauens ansehen. (Bravo.)

Abg. Miquel: Der von uns gestellte Antrag hat wenigstens das Resultat gehabt, daß wir und das Land über die wichtigste Frage unserer Politik klar geworden sind. Der Herr Bundeskanzler hat die Erklärung abgegeben, daß er nicht gesonnen ist, einen einzelnen süddeutschen Staat, auch wenn Volk und Regierung es einmüthig wünschen, in den Bund aufzunehmen, daß er Süddeutschland gar nicht will oder ganz. (Widerspruch.) Sollte ich ihn mißverstanden haben, so würde es mich sehr freuen, im Laufe der Debatte darüber aufgeklärt zu werden. Das Gewicht einer solchen Erklärung ist viel zu stark, als daß ich wagen sollte, im Augenblicke hier eine Kritik daran zu üben. So viel darf ich sagen, wir haben eine solche Erklärung nicht erwartet, haben uns darauf nicht eingerichtet. Wenn es gut ist, daß wir jetzt wenigstens freien Tisch vor uns haben, so daß die öffentliche Meinung selbst Stellung nehmen kann, so muß ich es andrerseits als eine bedauernswerthe Folge der eben gehörten Erklärungen bedauern, daß durch dieselben die Feinde der nationalen Sache ermuthigt, ihre Freunde aber entmuthigt werden. Die Absichten, die der Herr Bundeskanzler als die seinigen proklamirt hat, haben keinen andern Sinn, als die deutsche Frage ad Graecas Calendas zu vertagen, und entsprechen in keiner Weise der durch die Geschichte vorgezeichneten Politik Preußens. Gerade die Feinde der nationalen Einigung waren es bisher, die von einem stückweisen Vorwärtsgehen nichts wissen wollten; die hohenzollernsche Politik dagegen ergriff die Gelegenheit, wo sie sich fand, die Einigung so weit die Verhältnisse es eben erlaubten, durchzuführen, sie war es, die die provisorische Maingrenze schuf und die jetzt durch die Erklärungen des Bundeskanzler im Stiche gelassen wird. Wir haben es hier nicht mit einer diplomatischen Frage, sondern mit Volkspolitik zu thun. Wir erblicken in einem Eintritt Badens in den Nordbund einen Wetterschlag Preußens, der die täglich dreister werdenden ultramontanen Gegner niederschmettern sollte. Die Bedenken wegen einer event. Kündigung des Zollvereins theile ich nicht, jedenfalls rechtfertigt ein unserer Meinung nach durchaus unwahrscheinlicher Fall nicht die Unterlassung der Aufnahme Badens. Wie man ein Mißtrauensvotum in dem Antrag finden will, begreife ich nicht. Derselbe überläßt die Initiative vollkommen der Regierung, macht dieser in keiner Weise Vorschriften, und enthält nur die Erklärung, daß wir bereit sind, einem eventuellen Eintritt Badens zuzustimmen und die daraus erwachsenden Opfer willig zu tragen. Wir gingen von der Ueberzeugung aus, daß nur diejenigen gegen unsern Antrag stimmen könnten, die einen Eintritt Badens in den Bund überhaupt perhorresziren, und in diesem Sinne glaubten wir uns der Zustimmung der großen Majorität des Volkes sicher, wenn wir nns nicht verhehlen konnten, daß es eine zahlreiche und einflußreiche Partei in Preußen giebt, die den Anschluß Süddeutschlands überhaupt nicht will, vielleicht weil sie fürchtet, das für Norddeutschland gewonnene Resultat wieder ganz in Frage gestellt zu sehen. Die Befürchtung, unser Antrag könnte der patriotischen Partei in Bayern bei ihren Wahlagitationen zustatten kommen, ist durchaus unbegründet. Viel eher wird dieselbe aus den heutigen Erklärungen des Bundeskanzlers Vortheil ziehen, denn wenn sie weiß, daß sie nur nöthig hat, Bayern zu halten, daß sie keinem Drucke von Außen ausgesetzt ist, darf sie ihre Lage für gesichert halten. Ich schließe mich der Hoffnung, daß der Hr. Bundeskanzler, wenn er sieht, daß der von ihm eingeschlagene Weg die Wünsche der großen Majorität der Bevölkerung gegen sich hat, denselben verlassen und der in nnserem Antrage gekennzeichneten Politik folgen wird. (Beifall)

Graf Bismarck: Ich habe es von Anfang an für bedenklich gehalten, daß ich es mir gefallen lassen sollte, über Fragen der auswärtigen Politik in dieser Weise öffentlich interpellirt zu werden, daß ich dem Mißbrauch Vorschub leisten sollte, daß ohne einen äußeren Grund bei einer beliebigen Gelegenheit, wie sie hier der Jurisdiktionsvertrag geboten, die große Frage nicht allein der deutschen, sondern der europäischen Politik zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion gemacht wird. Ich kann das ja nicht hindern. Aber daß dabei der Leiter der auswärtigen Politik gegenwärtig sein soll, daß von ihm verlangt wird, er solle sich in gleicher Weise aussprechen, ist

(Fortsetzung in der Beilage.)

ein unberechtigtes Ansinnen. Ich kam halb und halb mit der Absicht her, mich diesem Ansinnen zu widersetzen. Nichtsdestoweniger hat die erste Rede des Hrn. Lasker es mir zur Unmöglichkeit gemacht, dazu zu schweigen, ganz abgesehen von den faktischen Irrthümern, die in derselben enthalten waren, dahin gehörte beispielsweise seine Meinung, daß Mathy in offizieller Weise mir jene Denkschrift über den Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund mitgetheilt hätte. Es handelt sich hier nur um einen Privatbrief jenes Herrn, dessen Konzept später in seinen hinterlassenen Papieren gefunden wurde und sehr gegen den Willen der badischen Regierung zur Veröffentlichung gelangte; in demselben fordert er mich auf, eine bestimmte Frist zu bestimmen, in welcher der Anschluß Badens erfolgen könne, und diese Termine nicht bloß ihm, sondern auch den hervorragenden Parteiführern mitzutheilen. Ich mußte es aber ablehnen, eine solche provisorische Politik zu treiben, sowie ich es auch jetzt ablehnen muß, die Politik zum Gegenstande der öffentlichen Diskussion zu machen. Die auswärtige Politik ist überhaupt nicht ein Gewerbe der Art, daß es eine unbedingte vorherrschende Oeffentlichkeit verträge. Was der Vorredner unter der öffentlichen Meinung versteht, weiß ich nicht; auch 1866 ging die öffentliche Meinung dahin, den Krieg nicht zu führen und die Mittel zu verweigern zur Führung des Krieges. Aber ich glaube, man weiß es uns noch Dank, daß wir damals die Sache besser verstanden haben. Einen festen Abschluß der Einigung des gesammten Deutschlands haben wir uns heute überhaupt noch in keiner konkreten Form zu denken, wir haben nur eine allmälige Vervollkommnung anzustreben, und der norddeutsche Bund ist auch nur der konkrete Ausdruck eines vorübergehenden Stadiums. In diesem Stadium nun tritt ein Redner einer Partei, die mich zu unterstützen vorgiebt, auf und ertheilt mir ein Mißtrauensvotum nicht gegen meinen Willen, sondern gegen meine Einsicht. Sie meinen es besser zu verstehen als ich und ich meine es besser zu verstehen als Sie. So lange ich aber auf diesem Platze sitze, muß die Majorität sich meiner Ansicht fügen; nicht Sie tragen die Verantwortlichkeit, sondern ich. Auf solche Mißverständnisse werde ich außerdem nicht bei anderen Seiten rechnen müssen, wenn schon meine besten Freunde so entstellt mich aufgefaßt haben. Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe: entweder ganz Süddeutschland oder gar nichts! Im Gegentheil, ich würde z. B. den Fall ganz anders beurtheilen, wenn z. B. Baiern den Antrag auf Aufnahme stellte. Das geht auch aus meiner Erklärung vom 9. April 1867 hervor; ich habe damals bezüglich Südhessens unumwunden erklärt, daß wenn der Antrag erfolgte, er in Verhandlung genommen werden würde; man muß schon sehr feindlich lesen, wenn man irgend eine Abneigung meinerseits daraus herauslesen will. Die Thatsachen haben ergeben, daß für den Eintritt Südhessens dennoch keine Aussichten vorhanden sind. Ich käme nicht zu Ende, wenn ich in derselben Ausdehnung, wie der Herr Vorredner mir Stoff dazu gegeben, auf seine einzelnen unrichtigen Auffassungen eingehen wollte. Er wird sich selbst überzeugen, daß er mir Unrecht gethan, und es ist um so schlimmer mit solchen Mißverständnissen, als ein großer Theil des Publikums nur diejenigen Zeitungen liest, in welcher seine Reden verkürzt die meinigen aber unverkürzt stehen. Zum Schluß noch einige Worte über ein Thema, auf das ich ungern komme, das aber Herr v. Blanckenburg durchaus richtig hervorgehoben hat. Verstehen Sie die Sache besser als ich, dann müssen sie Bundeskanzler werden, denn die öffentliche Politik Deutschlands muß von diesem Platze aus geleitet werden; ich aber will dann über die Politik von jenen Bänken aus reden, wie es mir eine 20jährige Erfahrung an die Hand giebt.

Abg. Dr. Löwe: In dem gegenwärtigen Zustande können weder wir noch Süddeutschland bleiben. Aus diesem Gefühle ist der Antrag hervorgegangen, wenn ich auch nicht anerkennen kann, daß er seinem Zwecke vollständig entspricht. In dem im ersten Theile ausgesprochenen Ruhme der nationalen und — ich darf hinzufügen — freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes sind wir wohl Alle einig, wenn jedoch der zweite Theil des Antrages dasselbe auffordert, nur noch größere Anstrengungen zu machen, um die Aufnahme in den Norddeutschen Bund herbeizuführen, so scheint es mir doch vielmehr geboten, zunächst uns selbst zu fragen, ob denn unser Haus so wohnlich eingerichtet ist, daß wir Jemand in dasselbe einladen können. So lange wir in Preußen den Absolutismus nicht bekämpft haben, ist es eine absolute Unmöglichkeit, in der deutschen Frage auch nur einen Schritt vorwärts zu kommen. Dies ist der Grund unseres Stillstandes, nicht Rücksichten auf äußere Verhältnisse, denn wenn es sich um große nationale Interessen und unsere Ehre handelt, fürchtet unser Volk nicht den Kampf selbst gegen eine Welt. (Bravo.) Wenn ich hiernach dem ersten Theile Ihres Antrages beitrete, so kann ich doch nicht für das zweite Alinea stimmen, daß das badische Volk auffordert, ohne Rücksicht auf ihre inneren Interessen vorzugehen. Ebenso wenig kann ich mich für das Amendement Blanckenburg erklären, weil in demselben die Anerkennung liegt, daß wir in dem besten Zustande der Welt lebten. Wenn der Abg. Blanckenburg so heftig gegen die bayrischen ultramontanen Blätter zu Felde zieht, so erinnere ich ihn doch daran, daß gerade diese jetzt so geschmähten Gegner noch vor Kurzem die besten konservativen Freunde waren. Der Ultramontanismus in München ist nicht schlimmer als der Kryptokatholizismus in Berlin. Lebhaft bedauere ich, daß der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen in militärischer Beziehung einen Unterschied zu statuiren schien, ob ein süddeutscher Staat im Bunde sei oder nicht. Nach den mit Süddeutschland abgeschlossenen Verträgen stehen meines Wissens in dieser Hinsicht alle Staaten ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Bunde einander gleich.

Graf Bismarck erklärt die Auffassung, als habe er in militärischer Beziehung einen Unterschied gemacht je nachdem Baden zum Bunde gehöre oder nicht, für ein Mißverständniß. Wenn überhaupt ein Unterschied nach dieser Richtung vorhanden, so beruhe derselbe darauf daß im Bunde die Handhabung der militärischen Organisation vielleicht strenger und straffer geregelt sei. Redner sieht in diesem Mißverständniß wieder einen Beweis, wie leicht gesprochene Worte der Mißdeutung unterliegen, und wie wünschenswerth es also sei, den Minister des Auswärtigen nicht zum Reden zu provoziren, da sein Schweigen in diesem Falle ebenso leicht Mißdeutungen ausgesetzt sei.

Abg. Kantak erklärt, daß er nebst den übrigen polnischen Abgeordneten sich der Abstimmung enthalten würden und motivirt diesen Schritt durch Hinweis auf den im Jahre 1867 gegen ihre Einverleibung in den Bund erhobenen Protest.

Abg. v. Rabenau tritt der Bemerkung Bismarcks entgegen, daß für den Eintritt Südhessens in den Bund keine Aussicht vorhanden sei. Wenn die hessische Regierung auch keine Neigung zeige, so habe doch die zweite Kammer bereits 1867 einen dahin gehenden Beschluß gefaßt, dem dann allerdings die nuß aus folgsamen Ministerialräthen bestehende erste Kammer nicht beigetreten sei. — Der hessische Bundesbevollmächtigte Hoffmann verwahrt die hessische Ständekammer gegen diesen Angriff.

Abg. v. Kardorff: Der Wunsch Badens, in den Bund aufgenommen zu werden, beweist die Unrichtigkeit der Behauptung Löwes, daß es bei uns so unwirthlich aussehe. Durch Ablehnung des Antrages Lasker würde das Haus in Negation gegen Alles das treten, was seit 1866 geschehen ist. Der Antrag Blanckenburg erscheint dem Redner „kühl bis ans Herz hinan." Er schlägt statt dessen vor, den Schluß des Antrages zu fassen: „und erkennt in diesen Bestrebungen mit lebhafter Freude die Gewähr der staatlichen Einigung des gesammten Deutschlands."

Ein Antrag auf Schluß wird angenommen. Abg. Lasker verwahrte sich gegen die Insinuation des Bundeskanzlers, daß er seinen Antrag auf Aufforderung der badischen Regierung gestellt habe, und zieht denselben dann zurück, da der beabsichtigte Zweck einer allseitigen Anerkennung der nationalen Bestrebungen des badischen Volkes erreicht sei, und eine Ablehnung des zweiten Theiles zu Mißdeutungen Anlaß geben könne.

Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen wird schließlich der Vertrag mit Baden genehmigt. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. Februar.

— **Städtische Wasserleitung.** Gegenwärtig wird in der Mühlenstraße das eingefrorne Nebenrohr der Wasserleitung mittelst einer Lokomobile aus der Cegielskischen Fabrik aufgethaut, indem der gespannte heiße Dampf in das Innere des Rohres durch ein dünnes Gasrohr hineingeleitet wird.

— **Milde Stiftung.** Der Landesälteste Hr. v. Rosenthal auf Bogunek O./S. hat der evang. Kirche zu Adelnau zur Begründung einer Armenstiftung 100 Thlr. geschenkt.

— **Die Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn** hatte pro Januar d. J. eine Einnahme von 112,447 Thlr. gegen 136,123 Thlr. im Januar 1869, also 23,676 Thlr. oder 17,4 pCt. weniger. Ebenso betrug die Einnahme der Stargard-Posener Bahn pro Januar d. J. nur 63,360 Thlr. gegen 91,430 Thlr. im Januar 1869, also eine Mindereinnahme von 28,070 Thlr. oder 30,9 pCt.

— **Die Anfertigung und der Handel mit Bandagen** bilden nach einer Entscheidung des Ministers für die Medizinal-Angelegenheiten weder einen Theil der Ausübung der Heilkunde, welche von der Anwendbarkeit der Gewerbeordnung ausgeschlossen, noch sind sie im Gesetze an Beschränkungen gebunden. Es sind hiernach die älteren Vorschriften über die Prüfungen der Bandagisten und der mit Bandagen oder chirurchischen Instrumenten Handel Treibenden aufgehoben.

+ **Gostyn,** 23. Febr. [Armuth. Geselligkeit. Nichtbestätigung.] Seit 2 Jahren ist unser städtescher Armen-Etat ums Dreifache gestiegen. Der grausame Winter entwickelte uns ein trauriges Bild des Elends innerhalb des Weichbildes der hiesigen Stadt. In allen Häusern der Hinterstraßen fand man unheizbare Wohnungen, kein Brennmaterial, kein Bett, keine Kleidung und Nichts zum Essen. Den verschämten Armen kam man mit vereinten Kräften entgegen. Die Kommune lieferte Holz, die einzelnen Bürger gaben Lebensmittel und Geld, der katholische Schulvorstand räumte die Schulräume, welche stark geheizt wurden, zum Aufenthalte aller derer ein, die keine heizbare Wohnstätte hatten, auch wurden täglich an 80 Familien warmes Frühstück und Mittagbrod unentgeltich vertheilt. Man geht nun mit dem Gedanken um, an 100 Thlr. zusammenzusteuern, außerdem einen Sparverein unter den hiesigen Arbeitern zu begründen, die wöchentlich einen Beitrag während der Arbeitsmonate zahlen sollen, der ihnen in der arbeitslosen Winterzeit zurückerstattet würde, nebst einer verhältnißmäßigen Gratifikation von den zusammengesteuerten 100 Thalern. — Auf der andern Seite sucht man sich den unfreundlichen Winter so angenehm wie möglich zu machen. Die Schlitten- und Eisbahnen werden bestens benutzt, letztere ganz besonders von der Damenwelt, mehrere genußreiche Abende im Elterschen Hotel verdanken wir durchreisenden Musikkünstlern, drei Liebhabertheatergesellschaften — polnische, deutsche und jüdische — amüsiren uns öfters; — hierzu kommen noch die großen Bälle; der kleinen Tanzvergnügungen und anderen Belustigungen nicht zu gedenken. — Störend in den heitern Sinn unserer Bürgerschaft griff die Nachricht ein, daß die Königliche Regierung in Posen der Wahl des Kanzleidirektors Klarowski zum Bürgermeister der hiesigen Stadt die Bestätigung versagt hat. Der Stadtverordneten-Beschluß, gegen den Regierungsbeschluß beim Hrn. Oberpräsidenten Rekurs einzulegen, mußte wegen der Erklärung des p. Klarowski, daß er auf den Bürgermeisterposten verzichte, aufgehoben werden, und so stehen wir jetzt wieder, wie vor Jahresfrist, vor der Bürgermeister-Wahl.

H. **Neutomysl,** 23. Febr. [Lehrer-Wittwen- und Waisen-Kassen.] Behufs Ausführung des neuen, mit dem 1. Januar 1871 in in Kraft tretenden Pensions-Gesetzes für Elementarlehrer-Wittwen und Waisen hat die k. Regierung zu Posen es für wünschenswerth bezeichnet, daß die Kreisrendanturen überall in die Städte, wo die Landrathsämter ihren Sitz haben, verlegt werden. In Verfolg der k. Regierungsverfügung hat der hiesige Landrath, Hr. Baron v. Richthoffen, die definitiv angestellten Lehrer des buker Kreises, deren Kreisrendant gegenwärtig Hr. Lehrer Arndt in Grätz ist, aufgefordert, am 24. März c. sich im Bureau des hiesigen Landrathsamtes zur Neuwahl eines Kreisrendanten einzufinden.

Σ **Schwerin a. W.,** 23. Febr. [Unglücksfall. Feuer.] In voriger Woche fand der 18jährige Sohn eines hiesigen Fuhrmanns beim Fahren von Langhölzern seinen Tod. Sehr ermüdet, war er eingeschlafen und hatte das Gleichgewicht auf dem Wagen verloren, von dem er herabstürzte. Die Räder waren ihm über die Brust gelaufen, so daß der Tod nach etwa 1 Stunde erfolgte. Der Vater, welcher bei dem beklagenswerthen Unglück zugegen war, verlor in dem einzigen Sohne eine thätige Stütze seines Alters. — Gestern Abend 11 Uhr brach in der 1/8 Meile von hier an der Warthe belegenen Dampfmühle Feuer aus. Die Schneidemühle und ein Theil des Maschinenraumes brannten nieder. Bei dem Wassermangel mußte in die Warthe ein Loch geeist werden, um die herbeigeeilten Spritzen füllen zu können. Als der Dampfkessel schon der Hitze von außen her ausgesetzt war, erkannte man die große Gefahr, die durch Explosion desselben für Menschenleben entstehen mußte. Man hatte nämlich nicht daran gedacht, das Sicherheitsventil zu öffnen, was glücklicherweise noch zu rechter Zeit einem beherzten Arbeiter gelang. Der Dampf entbrauste innerhalb 10 Minuten mit gewaltigem Getöse. Die städtische Spritze erschien zuerst am Orte der Gefahr; außerdem bethätigten sich beim Löschen die hiesige Feuerwehr und die Spritzen aus Gollmütz, Morrn und Trebisch. Der Besitzer der Mühle, der sich zur Zeit in Berlin aufhält, erleidet hauptsächlich durch die Geschäftsstörung bedeutenden Schaden. Außerdem sind eine Menge fleißiger Arbeiter, die hier eine lohnende Beschäftigung fanden, außer Thätigkeit gesetzt. Die Ursache des Feuers ist bis jetzt nicht bekannt.

△ **Bromberg,** 23. Febr. [Theater. Geselliges. Vorträge.] Die Geschäftsstille, die hier herrscht, wird den Kaufleuten doch schließlich unbehaglich. Von Landbesitzern haben wir diesen Winter wenig Besuch gehabt, selbst die Frequenz der Geschäftsreisenden hat erheblich nachgelassen. Zu Vergnügen ist daher auch kein Geld vorhanden. Unser Stadttheater bringt hübsche Sachen zur Aufführung, doch immer leider vor leeren Bänken. Renommirte Gäste treten dieser Tage wieder auf. Der Harfenvirtuose des kgl. Opernhauses, Hr. Poenitz, die Konzertsängerin Frl. Selma Kempner aus Berlin, Hr. Herrmann Hendrichs aus Petersburg, Hr. Stanislaus Lesser aus Petersburg, Frl. Klara Schunke und Frl. Friederike Fischer aus Wien. Um den Geschmack für das Theater noch mehr zu beleben, finden Sonnabend und Sonntag Nationalitäten-Aufführungen statt, von der Liedertafel im Schützenhause, von der jüdischen „Gesellschaft der Freunde" und der polnischen Ressource im Erholungssaale. Auch die Gesellschaft „Sine cura" und der Verein „Club" wollen Theatervorstellungen zu milden Zwecken arrangiren. — Die letzte Montagssitzung des technischen Vereins war ziemlich lebhaft besucht. Hr. Justizrath v. Groddek hielt einen ausführlichen Vortrag über Elektromotoren und hatte dazu aus der Realschule einen Apparat zur Anschauung und Erläuterung aufgestellt. Eine Fortsetzung des Vortrags soll in der nächsten Sitzung stattfinden. Hr. Ingenieur Larrasz war durch eine Reise verhindert, seinen heutigen Vortrag zu halten, dafür sprach Hr. Brauereibesitzer Leue über die Verwendung der Gerste bei den jetzigen Brauereien. Hr. Maschinenfabrikant Gause hielt schließlich einen Vortrag über Maisch-Kühlmaschinen. Hr. Stadtrath Bertelsmann, kürzlich von Berlin zurückgekehrt, zeigte einen Hufbeschlag, den der k. Marstall Roßarzt, Hr. Dr. Albrecht, (früher Depart.-Thierarzt hier) angelegentlichst zur Verbreitung empfiehlt. Es sollen sofort von Behörden und Privaten davon Bestellungen gemacht worden sein.

Gniewkowo. Am 24. Febr. sollte in Labischin die Ersatzwahl für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Ministerialdirektor v. d. Reck der Kreise Inowraclaw und Schubin statifinden. Die Nachwahl der inzwischen ausgeschiedenen Wahlmänner war am 16. d. M. vollzogen worden, als vor ein paar Tagen durch das Landrathsamt den Wahlmännern die Aufhebung der Abgeordnetenwahl am 24. d. M. notifizirt wurde. Dieselbe ist auf Anordnung der k. Regierung im Einverständniß mit dem Minister des Innern erfolgt. Das Motiv hierfür ist nicht angegeben worden, obwohl in der Thronrede bei Schließung des Landtags auf eine außerordentliche Session desselben in den Sommermonaten hingewiesen wird. Es scheint hiernach der Entschluß für letztere noch zweifelhaft zu bleiben — die letzten Abstimmungen des Abgeordnetenhauses betreffs der Kreisordnung, die Interpellation bezüglich der Nichtbestätigung, wie die Frontstellung des Herrenhauses werden dem Minister des Innern gekennzeichnet haben, daß er mit seiner Vorlage sich nicht zu rehabilitiren vermag. — Hätte die Wahl nm 24. d. M. stattgefunden, so wäre die total unorganisirte und undisziplinirte Parteistellung der deutschen Wahlmänner höchst wahrscheinlich Veranlassung geworden, daß aus der Wahl ein polnischer Abgeordneter hervorging. Im hiesigen Inowraclawer Kreise war auch nicht das Geringste geschehen, um die deutsch n Wahlstimmen auf einen gemeinsamen Abgeordneten hinzulenken; die bisherigen liberalen Parteiführer hielten sich von jeder Kundgebung fern. Der politische Indifferentismus, wie auch persönliche Motive ließen befürchten, daß ein Theil der deutschen Wahlmänner an dem allerdings sehr fern liegenden Wahlorte nicht erscheinen würden, wodurch der gut disziplinirten polnischen Partei der Wahlsieg um so leichter geworden wäre. Sollte die Aufhebung des Wahltermins nur eine Vertagung desselben bezwecken, dann dürfte dieselbe hoffentlich die heilsame Folge haben, daß in der Zwisch nzeit die deuschen Wahlmänner die Aufgabe erkennen, durch dem Wahlakte vorhergehende öffentliche Kundgebungen sich über den Abgeordneten zu einigen, welchem sie in geschlossener und organisirter Parteidisziplin die Stimme zu geben gewillt sind. Diese Parteidisziplin unausgesetzt in die Hand zu nehmen, gebieten, abgesehen von der in Aussicht gestellten außerordentlichen Landtagssession, die für dieses Jahr bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage und zum Reichstage. Die Wahl des konservativen Abgeordn. v. d. Recke war das Erzeugniß eines Kompromisses zwischen den deutschen Wahlmännern, herbeigeführt durch Verheißungen der Konservativen über den Einfluß, weichen der Gewählte für den Bau der Eisenbahn Posen-Thorn auszuüben vermöge. In wie weit dieser Einfluß zur Geltung und zum Austrag gekommen ist und kommen konnte, wird heute ein Jeder zu beurtheilen wissen, der betreffs des Baues dieser Bahn ein Urtheil hat. Bei jenem Kompromiß soll jedoch von den Konservativen die Zusage gegeben worden sein, bei der nächsten Wahl für einen liberalen Abgeordneten stimmen zu wollen. Ist diese Zusage in Wahrheit erfolgt, so wird sie hoffentlich auch gehalten werden. (Bromb. Ztg.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Das Falliment Kirchmayer & Sohn** ist in Wien das Tagesgespräch. Die Konkurseröffnung ist nunmehr offiziell und eine zweite in den wiener Blättern veröffentlichte Erklärung der vier polnischen Grafen enthüllt, daß die Insolvenz schon damals, als dieses Komitee beschwichtigend auftrat, nur durch ein Moratorium aufgehalten werden sollte. Die Passivsumme wird auf 5 Millionen Gulden geschätzt und man erzählt, daß einer der Geschäftsfreunde der Firma von dem Anfangs gehegten Versuche, einen Ausgleich von 50 Proz. herbeizuführen, bereits wieder zurückgetreten ist, weil er daran zweifelt, daß die Aktiva hierfür ausreichen. Die wiener Banken sollen an dem Falliment nur schwach betheiligt sein, dagegen hat die galizische Karl-Ludwig-Bahn an Kirchmayer noch eine unausgeglichene Forderung, die von den einen auf 72,000 Fl. von den andern auf 140,000 Fl. angegeben wird. Sie rührt aus den beim Hause Kirchmayer auf die jungen Galizier geleisteten Einzahlungen her. Die Bahnverwaltung hat ihre Forderungen auf die von dem Kridar bei verschiedenen Banken in Wien hinterlegten Depots gerichtlich pränotiren lassen. Die durch die erste Erklärung der vier galizischen Grafen verzögerte Konkurseröffnung hat somit der galizischen Ludwigsbahn und einigen andern Gläubigern dazu gedient, sich noch eine privilegirte Stellung im Konkurs auf Kosten der andern Gläubiger zu verschaffen. Krakau und Umgegend ist bei dem Fall dieses Hauses mit nahezu 2 Millionen betheiligt. Die Aussichten für die Konkursgläubiger sind höchst ungünstig.

** **Rinderpest.** Aus Myslowitz wird der „Schles. Ztg." vom 22. Februar gemeldet: Nachdem die Grenzsperre kaum aufgehoben und erst kürzlich durch Polizeiverordnung der kgl. Regierung zu Oppeln vom 13. Febr. auch für den Viehverkehr noch weitere Erleichterungen insofern gewährt worden sind, als der Zwang der Einfuhr von Schweinen auf Eisenbahnen in Etagewagen in Wegfall gekommen, trifft uns die Nachricht um so härter, daß neuerdings in und bei Olkusz in Polen die Rinderpest wieder in sehr bedenklicher Weise ausgebrochen ist.

Vermischtes.

* **Paris,** 21. Febr. Auf dem Eisenwerk von Fourhambault hat sich ein furchtbarer Unglücksfall ereignet. Eine Dampfmaschine, welche man reparirte, hat während der Operation durch einen Strahl heißen Wassers acht Personen, darunter die beiden Söhne des Ingenieurs Greffilhe, schrecklich verbrannt. Fünf der Verbrannten waren bereits gestern an ihren Wunden gestorben.

* **In der Konzil-Debatte** über die klerikale Disziplin machte ein Prälat den französischen Kollegen den Vorwurf, daß 150 Priester in Paris sich Maitressen hielten. Ein französischer Prälat erwiderte darauf, daß diese Ziffer keine erhebliche sei, da die Zahl der Priester in Paris 6000 betrage.

* **Die Frage der päpstlichen Unfehlbarkeit** ruft einen Dialog ins Gedächtniß zurück, der im Jahre 1805, bei Gelegenheit der Kaiserkrönung Napoleons I. durch Papst Pius VII. auf die bekanntlich zu Pamphleten verwendete Statue Pasquinos's zu Rom geschrieben wurde. Ludwig XVIII. sagt zum Papste: „Heiliger Vater, wie haben Sie einen Usurpator salben und krönen können?" — Der Papst: „Mein lieber Sohn, Sie waren leider nicht zur Hand!" — Ludwig XVIII.: „Aber, heiliger Vater, in Folge meiner Legitimität regiere ich, selbst wenn ich keinen Thron habe." — Der Papst: „Und ich, theurer Sohn, mit meiner Unfehlbarkeit habe sogar dann Recht, wenn ich Unrecht habe."

* **Das Werk Garibaldi's:** „Die Mönchsherrschaft, oder Rom im neunzehnten Jahrhundert", hat jetzt die Presse verlassen.

* **Straußeneier.** Von Australien her wird ein noch immer vielverbreiteter zoologischer Irrthum aufs neue berichtigt. Die Direktion des zoologischen Gartens in Melbourne hatte die in ihrem Besitze befindlichen Strauße aufs Land geschickt und zu einem Ansiedler, einem Freunde der Wissenschaft, in Pension gegeben. Dieser Herr, ein gewisser Wilson, hat nun jüngst erst der Akklimatisations-Gesellschaft mitgetheilt, daß in einem Neste 12 junge Vögel ausgebrütet worden sind und die besten Fortschritte machen. Wilson berichtigt dabei ausdrücklich die Annahme, daß der Strauß seine Eier in den Sand lege und von der Sonne ausbrüten lasse, mit der Erklärung, daß während der Brütezeit, die 6 Wochen dauert, der Strauß und seine Gattin abwechselnd auf den Eiern sitzen und dieselben fast nie zugleich verlassen. Da die Straußengesellschaft ohne Ausnahme in ähnlicher Weise verfuhr, so glaubt Wilson annehmen zu dürfen, daß die Strauße bisher wegen der Vernachlässigung ihrer Eier mit Unrecht verleumdet worden seien. Das Nest ist in einer sandigen Vertiefung ohne Gras und Reisig angelegt und die Eier sind gänzlich ohne Bed ckung.

Briefkasten.

□ **Inowraclaw.** Wollen Sie uns freundlichst bald Ihre Adresse mittheilen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Konkurs=Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen,
den 16. Februar 1870, Nachmittags 5 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Emil Aronsohn zu Posen** ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 16. August 1869 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Hugo Gerstel** zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 3. März c.,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath **Gaebler,** im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters event. eines zu bestellenden einstweiligen Verwaltungsraths abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

7. März c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

14. März c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 26. März c.,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath **Gaebler,** im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte **Bertheim, Dockhorn** und **Mützel** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Bekanntmachung.

Die zur **Hieronimus v. Kurowski**schen Konkursmasse gehörigen Güter

a) das Rittergut **Jarużyn**, einschließlich der demselben zugeschriebenen Grundstücke **Jarużyn Nr. 2, Nr. 8 u. Nr. 10a,** welches $1439_{,84}$ Morgen der Grundsteuer unterliegend, enthält, und mit einem Reinertrag von $781_{,23}$ Thlr. zur Grundsteuer, und mit einem jährlichen Nutzungswerth von 108 Thlr. zur Gebäudesteuer veranlagt ist;

b) das Vorwerk **Sobiech Nr. 1,** welches $1628_{,31}$ Morgen der Grundsteuer unterliegend, enthält und mit einem Reinertrag von $548_{,70}$ Thlr. zur Grundsteuer und einem jährlichen Nutzungswerth von 24 Thlr. zur Gebäudesteuer veranlagt ist,

sollen im Termine:

den 21. März c.
Nachmittags 3 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden.

Auszüge aus den Steuerrollen, Hypothekenscheine, etwaige Abschätzungen und andere diese Güter betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Büreau-Registratur III. eingesehen werden.

Zugleich werden alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages soll in dem

am 24. März c.
Mittags 12 Uhr

in unserem Sitzungszimmer Nr. 1 anstehenden Termine publizirt werden.

Schubin, den 5. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.
Der Subhastations-Richter.

Das hart an der Stadt und Chaussee gelegene massive

Schützen-Grundstück

beabsichtigt die Schützengilde zu **Unruhstadt** zum Ausbau, woselbst sich eine rentable Schankwirthschaft betreiben läßt, auf Erbpacht zu vergeben.

Die Bedingungen sind beim Schützenvorstand daselbst einzusehen.

Meinen geehrten Kunden zeige ich ergebenst an, daß ich in der Lage bin, nach wie vor alle mir ertheilten Aufträge zur Anfertigung von Kleidungsstücken prompt und zu billigen Preisen in bekannter Güte auszuführen.

E. C. Ludwig,
Schneidermeister.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Jerzyce** unter Nr. **26 A** belegene, dem **Adam Handschuh** und dessen Ehefrau **Katharina** geb. **Schneider** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von $51_{,31}$ Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 53 Thlr. 2 Sgr. 4 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 70 Thlr. veranlagt ist, soll Behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Donnerstag den 21. April d. J.,
Nachmittags um 4 Uhr,

im Lokale des hies. königl. Kreisgerichts, Geschäftszimmer 13, versteigert werden.

Posen, den 1. Februar 1870.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.
Kuddee.

Bekanntmachung.

Ein **Wechsel** d. d. Prypkowo den 8. September 1868 über Vierhundert Thaler gezogen von **Gottlieb Lieske** in Schrotthaus auf **Gottfried Köhler** in Prypkowo und von Letzterem acceptirt, zahlbar ein Jahr nach dato in Schrotthaus bei **Gottlieb Lieske,** ist dem Letzteren auf dem Wege von Rogasen nach Ruda im Juli 1869 verloren gegangen. Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird aufgefordert, denselben spätestens an dem

am 25. April 1870,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kreisgerichts-Direktor **Spitzbarth** anberaumten Termin vorzulegen, widrigenfalls derselbe für kraftlos erklärt werden soll.

Rogasen, den 12. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Die Verpachtung

von 2600 M. per Adr. *R. B.* ist erledigt. Dies zur gefälligen Nachricht den geehrten Reflektanten.

Die Zenkersche Unterrrichts- u. Erziehungsanstalt in Jena

beginnt für Knaben und Jünglinge, welche in 10 Classen von 26 Lehrern unterrichtet werden, unter denen sich mehrere Docenten an der hiesigen Universität, 1 geborener, franzbsischer, 1 geborener englischer und 1 geborener russischer befinden, Montag, den 25. April ihren Cursus für das Sommerhalbjahr. Sie ist zu Abgangsprüfungen berechtigt, durch welche in officieller Giltigkeit die Berechtigung ihrer Schüler zum einjährig-freiwilligen Militärdienst festgestellt wird. Das Institut hat sich seit seiner Gründung 1834 bis jetzt schöuer Erfolge zu erfreuen und viele dankbare Schüler gebildet. Ausführliches enthalten die über dasselbe erschienen Schriften und schriftliche oder mündliche Auskunft giebt der Director

Prof. Dr. G. Zenker.

Jena, den 23 Februar 1870.

Zur Anfertigung von Stuckdecorationen

für Säle, Zimmer und Façaden empfiehlt sich

C. Wancke,
Bildhauer, Inhaber eines der größten Ateliers
Berlin, Fehrbellinerstr. 89,
Berlin.

Alle **Näharbeiten** werden billigst angefertigt, die Elle Steppsaum 2 Pf.

P. Mechow,
Friedrichsstraße 19, 2 Treppen.

Am Montag, den 28. Febr. c. von Vormittags 10 Uhr wird im Forsthause zu **Neugedank** gegen gleich baare Zahlung kiefern Bauholz, Schlietstämme, Rundlatten, Dachstöcke, eingeschlagenes Nutzholz, kiefern Kloben- und Ast-Holz versteigert werden.

Die Abfahrt zur Warthe ist sehr bequem.

Die Forst=Verwaltung.

Beste englische, doppelt gesiebte

Nußkohlen

werden auch im Einzelnen **Graben Nr. 12b** billig verkauft.

Die im Haushalte der Volksküche aufkommenden **Knochen- und Küchenabgänge** sollen an Meistbietende überlassen werden. Schriftliche, versiegelte Offerten werden bis zum 1. **März** exkl. in der Volksküche, Kl. Gerberstraße 7, in den Stunden von 11—1 entgegengenommen.

Für Destillateure.

Reine unverfälschte Lindenkohle ist nur zu haben bei

F. Philippsthal,
Breslau, Büttnerstr. 31.

Trockene buchene, einfache sowie doppelte **Felgen** verkauft billigst.
Rothendorf per Dobrzyca
J. Fischer.

Sommerroggen

zur Saat offerirt (5 Sgr. über höchsten Posener Roggenpreis) und erbittet Bestellungen
Dom. **Junikowo** bei Posen.

Zeichnungen zu der in **Posen** neu zu begründenden

Bank für Landwirthschaft und Industrie
Kwilecki & Co.

nehmen jeder Zeit entgegen und verabfolgen Statuten=Prospekte gratis

Hirschfeld & Wolff in Posen.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt **brieflich** der **Specialarzt** für Epilepsie Doctor **O. Killisch** in **Berlin,** Mittelstraße 6. — **Bereits über Hundert geheilt.**

National-Vieh-Versicherungsgesellschaft in Cassel

versichert **Pferde, Rindvieh, Schweine** und **Schafe** gegen **alle Verluste** incl. **Seuchen** und **Unglücksfälle. Voll**=Zahlungen der Schäden. **Sofortige** Regulirung. Wechsel im **Viehstande** gestattet **ohne** Anzeige. Für **größere** Landwirthe separate Abtheilung. Versicherung **ganzer** Gemeinden, sowie Rückversicherung bestehender Kuhgilden und Ortsvereine unter erleichterten Bedingungen. Statuten, Antragsformulare gratis. Auskünfte werden gern ertheilt von allen Spezial-Agenten, sowie von der

General=Agentur in **Karschwitz: A. Rohrbek.**

An jedem Orte werden Agenten gerne angestellt.

Knochen in größeren Quantitäten kaufen wir für unsere Fabrik „**zum Watt**" in **Ohlau** und werden Offerten erbeten.

Franck & Berliner in **Breslau.**

Apparate nebst den dazu gehörigen **Nebenapparaten** zur Bereitung von **Mineralwasser u. Champagner** empfiehlt die **Maschinenfabrik** von

E. Löffer vorm. *A. Link,*
Berlin, Brunnenstraße 28.

Ricinusöl=Pomade,

ärztlich geprüft und empfohlen. Bekannt in ihren vorzüglichen Wirkungen zur Stärkung der Haarwurzeln, das Ausfallen der Haare sofort zu verhindern und da, wo es irgend noch möglich ist, Haarwuchs zu erzeugen.

In Töpfen à 5 Sgr. zu haben bei

Wasserstr. 4. **G. W. Paulmann,** Wasserstr. 4.

---

28 kernfette Ochsen und **Kühe** (Trockenmast) stehen auf dem Dom. **Karne** bei Wollstein zum Verkauf.

Fette **Ochsen, Kälber** und **Schafe** verkauft

Lagiewnik bei Klecko.

---

300 Fetthammel

stehen zum Verkauf auf dem Dom. **Białżyn** bei Mur. Goślin.

Ein Rock,

der noch ganz gut **zuzuknöpfen geht,** ist wegen **Mangel an Raum** billig zu verkaufen Schuhmacherstraße 12, 3 Tr.

Zur Torfbearbeitung

empfehlen wir unsere als vorzüglich anerkannte

Torfstechmaschinen, Torfpressen.

C. Jaehne & Sohn
in Landsberg a. W.

☞ In den, wegen ihrer vorzüglichen Einwirkung auf die Conservirung u. Verschönerung der Haut schnell beliebt gewordenen **Transparent-Glycerin-Seifen** ist das bei uns errichtete Commissionslager nunmehr vollständig assortirt.

Als neu empfehlen wir: **Transparente Präsent-Seifen** mit Photographien berühmter Männer und Frauen, so wie mit Genre-Bildern, welche in Paris sehr beliebt.

Wiederverkänfern gewähren wir den in der Fabrik üblichen Rabatt.

Frenzel's
Niederlage.
Wilhelmspl. 6.

Lehrling

sucht die Konditorei von

R. Neugebauer,
Wilhelmsplatz 10. Breitestraße 15.

Kummerfeld'sche Seife à Stück 5 Sgr.

Enthält die nämlichen wirksamen Bestandtheile, wie das berühmte Kummerfeld'sche Waschwasser, und hat sich gegen Finnen, Sommersprossen und dergleichen Hautübel vielfach bewährt.

Savon de Riz. Reismehlseife à Stück 3 Sgr.

Die Savon de Riz verdient wegen ihrer zweckmässigen Zusammensetzung, ihrer milden, erweichenden und erfrischenden Wirkung auf die Haut, als eine wahre Schönheits-Seife allgemein anerkannt zu werden und empfiehlt sich namentlich für Kinder und Damen

Commissionslager bei

C. W. Paulmann,
Wasserstrasse 4.

Pferdemarkt in Königsberg i. Pr.

verbunden mit Verloosung von Pferden 2c.

Am 30., 31. Mai und 1. Juni 1870 findet in **Königsberg i. Pr.** der altberühmte Frühjahrs-Pferdemarkt statt, beschickt von den renommirtesten und edelsten Gestüten Litthauens und der Provinz Preußen, woran sich diesmal mit Genehmigung der Königl. Regierung eine

Große Verloosung von Pferden, Reit= und Fahrrequisiten 2c.

anschließt Zur Verloosung kommen bei Ausgabe von 40,000 Loosen à 1 Thlr:

Eine hochelegante Equipage im Werthe von 2200 Thlr. Ein Viergespann eleganter Wagenpferde (wenn möglich ein Viergespann Trakehner Rappen) im Werthe von 1600 Thlr. 7 Paar eleg. Wagenpferde im Werthe von 4500 Thlr., 2 Einspänner, 5 Mutterstuten, 31 Reitpferde, 5 Paar litthauische Doppelponnys, im Ganzen 68 Pferde im Werthe von ca. 18,600 Thalern, **ferner eine Menge eleganter Reit- und Fahrrequisiten 2c.,** in Summa 2000 Gewinne im Gesammtbetrage von 30,000 Thalern.

Die Verloosung findet am 1. Juni 1870 mittelst öffentlicher Ziehung vor Notar und Zeugen statt. Das Resultat der Ziehung wird durch gedruckte Gewinnlisten veröffentlicht.

Den Verkauf der Loose haben wir den Herren

Max Fürstenberg, Königin=Augusta=Str. 24 } **Berlin**
Wilhelm Altvater, Friedrichsstr. 2 }

übertragen und sind Loose gegen Einzahlung von **1 Thaler pr. Stück** von diesen Herren, sowie von den durch dieselben angestellten Unteragenten zu beziehen; bei Abnahme 25 Loosen entsprechenden Rabatt. **Wünsche wegen Uebernahme von Unteragenturen sind gleichfalls an die Herren *Altvater* oder *Fürstenberg* zu richten.**

Wir glauben dem Königsberger Pferdemarkt, der sich schon seit langen Jahren des besten Rufes erfreut, durch diese Verloosung einen neuen Reiz verliehen zu haben und ersuchen im Hinblick auf die großen Chancen des Verloosungsplanes alle Pferdebesitzer, Händler und Freunde der Pferdezucht das Unternehmen durch Ankauf von Loosen unterstützen zu wollen.

Königsberg i. Pr., den 1 Februar 1870.

Das Comite für den Königsberger Pferdemarkt.

v. Gottberg, Major a. D. auf Wulfshoefen.

Frhr. **v. d. Trenk,** gen. v. **Königsegg,** Hauptmann u. Compagnie-Chef im Ostpr. Inf.-Rgt. Nr. 43.

v. Krenski, Rittmeister u. Eskadrons-Chef im Ostpr. Küraff.-Rgt. Nr. 3 (Gr. Wrangel).

Baron **v. Huellessen,** Landrath u. Rittergutsbesitzer.

Baron **v. d. Golz,** auf Kallen.

Fallsucht ist heilbar!

Eine „Anweisung, die **Fallsucht (Epilepsie, epilept. Krämpfe)** durch ein nicht medizin. **Universal-Gesundheitsmittel** binnen kurzer Zeit radikal zu heilen. Herausgegeben von Fr. A. **Quante, Fabrikant zu Warendorf in Westfalen,** Inhaber mehrerer Ehrenzeichen 2c.", welche gleichzeitig **zahlreiche,** theils **amtlich konstatirte** resp. **eidlich erhärtete** Atteste und Danksagungsschreiben von glücklich Geheilten aus fast sämmtlichen europ. Staaten, sowie aus Amerika, Asien 2c. enthält, wird auf direkte Franco-Bestellungen vom Herausgeber gratis-franco versandt.

Ein junger **Mann,** welcher Lust hat, die **Landwirthschaft** zu erlernen, wird gesucht

Domaine **Rochowo** bei Schrimm.

Ein beider Sprachen mächtiger **Hofbeamter** findet sofort oder zum 1. April eine Stelle auf dem Dom. Głupon p. Kuslin. Näheres daselbst.

Rheinweine

vorzüglicher Qualität,

der Anker inkl. Faß von **7—30** Thaler, der Anker **in 45 Flaschen** geliefert 2 Thaler höher, empfiehlt

Fr. Pietzcker in Mühlheim a./Rh.

Vanille- und Haselnuß-

Waffeln,

das Neueste und Feinste zum Thee, empfehlen

Frenzel & Co.,
Breslauerstraße 38.

Ein **Kommis,** beider Landessprachen mächtig, der befähigt ist, einem Colonialwaaren-Geschäft vorzustehen, kann bei 200 Thlr. Kaution unter **sehr günstigen** Bedingungen placirt werden. Näheres bei **J. H. Kaul** in Posen, Judenstr. 3, 2. Etage.

Oeffentliche Danksagung.

Für die eifrige Pflege und Sorgfalt, welche Herr *Dr. Paradies* in **Gnesen** bei Behandlung meines Töchterchens, dessen Genesung ich ihm hauptsächlich zu danken habe, bewiesen hat, drücke ich demselben hiermit öffentlich meinen aufrichtigen Dank aus.
Kamieniec bei Kiszkowo, im Febr. 1870.
Valentin Dutkiewicz.

O. P. 17. Pinne.
Brief zu spät erhalten. — Bitte um neue Adresse.
D. F. 90. Samter.

W Warszawie dnia 16. (28.) Mca. Stycznia 1870. r.

DYREKCYA GŁÓWNA
TOWARZYSTWA
KREDYTOWEGO ZIEMSKIEGO.

Obwieszczenie.

Na skutek żądania przez stronę interesowaną wniesionego, a właściwemi dowodami popartego, i w zastosowaniu się do art. 3. Najwyższego Ukazu z dnia 14. (26.) Grudnia 1865. r. o poszukiwaniu zagubionych lub skradzionych Listów Zastawnych lub kuponów podaje do powszechnej wiadomości, że: Stanisław Wünster we wsi Kotłowie pod Ostrowem w Wielkiem Księstwie Poznańskiem zamieszkały, utracił Listy Zastawne okresu 3.;

a) Seryi I. Lit. E. Nr. 124,170—127,648,
b) Seryi II. Lit. E. Nr. 286,535, wszystkie bez kuponów.

Ostrzega się przeto, że obieg powyższych Listów zakwestyonowany niniejszem zostaje, i że w skutku tego każdy nabywca Listu zakwestyonowanego, byłby powodowanym przez poszkodowanego do rozprawy sądowéj o własność zakwestyonowanego Listu Zastawnego.

p. o. Prezesa General-Lejtnant.
Ginzewicz.

Die Herren Mitglieder des **Humboldt-Komite's** werden zu **Sonnabend, den 26. d. M., Abends 8 Uhr** im kleinen Saale bei **Schwersenz** stattfindenden Rechnungslegung und Dechargirung des Herrn Schatzmeisters ergebenst eingeladen.

Kaufmännische Ressource.

Sonnabend den 26. d. M.,
Abends 8 Uhr,
Tanzkränzchen.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 27. Februar, Vorm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. — Nachmitt. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.
Freitag den 4 März, Abends 6 Uhr, erster Passions-Gottesdienst: Herr Oberprediger Klette.

Petrikirche. Sonntag den 27. Februar, früh 10 Uhr, Predigt: Herr Diakonus Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Goebel.

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 27. Febr, Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Prediger Herwig. — 10 Uhr, Predigt: Herr Konsist.-Rath Schultze. — Abends 6 Uhr: Herr Predger Hefter.
Freitag den 4. März, Abends 6 Uhr, Missions-Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath Schultze.

Garnisonkirche. Sonntag den 27. Februar, Vorm. 10 Uhr: Herr Militär-Oberpfarrer Händler. — Nachmitt. 5 Uhr: Herr Divisionspfarrer Dr. Steinwender.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 27. Februar, Vormitt. $9\frac{1}{2}$ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachmitt. 3 Uhr: Derselbe.
Mittwoch den 2. März, Abends 7 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In der Parochie der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 19. bis 25. Februar:
getauft: 8 männliche, 10 weibliche Pers.,
gestorben: 8 männliche, 8 weibl. Pers.,
getraut: 1 Paar.

Sonntag Abend 6 Uhr in der St. Pauli-Kirche wird Herr Prediger Hefter über
אז הוחל לקרא בשם יהוה
oder: **Die ersten Gnadenmittel** predigen.

Auswärtige FamilienNachrichten.

Verlobungen. Frl. Zerline Simon in Berlin mit Hrn. Julius Dessau in Hamburg, Frl. Anna Grottisch mit dem Rentier Karl Boddin in Berlin, Frl. Antonie Zander in Berlin mit dem Prem.-Lieut. Hugo v. Reppert in Breslau, Frl. Ida Weiß mit dem Kaufmann A. Schüler in Berlin, Frl. Marie Vogel in Beelitz mit dem Kaufmann Rudolph Milkau in Straußberg, Frl. Henny v. Holzbrinck mit dem Rittmeister Frhrn. Alfred v. Reiswitz in Altena.

Verbindungen. Pfarrer J. F. W. Stolle in Neubrück mit Frl. Minna Klosz in Zinna.

Todesfälle. Verw. Frau Rentiere Emilie Hoffmann, geb. Hermann, Hrn. August Früloff Sohn Reinhold, verw. Frau Geh. Kanzlei-Rath Emilie Bleich, geb. Koch, und General-Lieutenant a. D. Karl Adolph v. Strotha in Berlin, Lohgerbereibesitzer Friedrich Mielenz in Frankfurt a. O., Frau Klementine Liepe, geb. Girschner, Kaufmann Hermann Krause und Prem.-Lieutenant Joseph Gottfried Jentsch in Potsdam, Frl. Friederike Harsch in Liegnitz, verw. Frau Oberhofmarschall Freiin Emilie v. Spiegel, geb. Freiin v. Rottberg aus dem Hause Rheinweiler, in Weimar, Prediger Friedrich Engels in Seelow, Pastor A. L. W. H. Scholz in Unseburg, Pfarrer Heinrich Mensing in Minden, Todtengräber Christian Alburg in Alt-Schöneberg, Buchhalter Johann Georg Gustav Meyer, Seminar-Direktor a. D. Wilhelm Thile und Frau Marie Loeben, geb Schulze, in Berlin, Kaufmann J. F. Rückhard in Potsdam.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 25. Februar 1870. (Marcuse & Maass.)

		Not. v. 24.			Not. v. 24.
Weizen, unverändert.			**Spiritus,** fester.		
Februar	59¼	59¼	Februar	14⅓	14¼
Frühjahr	59¾	59¾	Frühjahr	$14\frac{7}{12}$	14⅙
Mai-Juni	60¼	60¼	Mai-Juni	$14\frac{19}{24}$	14¾
Roggen, unverändert.			**Rüböl,** still.		
Februar	40¾	40¾	April-Mai	$11\frac{1}{12}$	$12\frac{11}{12}$
Frühjahr	41¼	41⅜	Sept.-Okt.	12⅙	12⅙
Mai-Juni	41⅞	41¾			

Börse zu Posen
am 25. Februar 1870.

Fonds. Posener 3½ % alte Pfandbriefe —, do. 4 % neue do. 81½ Gd., do. Rentenbriefe 82¾ Gd., poln. Banknoten 74⅜ Gd.

[Amtlicher Bericht] **Roggen** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] gekünd. 25 Wispel. pr. Febr. 39½, Febr.-März —, März-April 39½, Frühjahr 39½, April-Mai 39⅓, Mai-Juni 39⅔.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gekündigt 9000 Quart. pr Febr. 13½, März $13\frac{7}{12}$, April $13\frac{19}{24}$, Mai 14⅛, Juni 14⅜, Juli 14⅝ Loko-Spiritus (ohne Faß) $13\frac{5}{12}$.

Fonds. [Privatbericht.] 3½ % Preuß. Staatsschuldscheine 78½ Br., 4% Pos. Pfandbr. 81½ Gd., 3½ % do. —, 4% Pos. Rentenbr. 83 Gd., 4½ % do. Prov.-Bank —, 4% do. Realkredit inkl. 93 Gd., 5% do. Stadt-Oblig. —, 4% Märk.-Pos. Stammaktien 56 Br., 4% Berlin-Görl do. —, 5% Ital. Anleihe März 55¾ Br., 6% Amerikan. do. (de 1882) 95¾ bz., 5% Türk. do. (de 1865) 45 Br., 5% Oesterr.-franz. Staatsbahn —, 5% do. Südbahn (Lomb.) —, 7½ % Rumän. Eisenb.-Anl. 71½ Br.

M [Privatbericht.] **Wetter:** Thauwetter. **Roggen:** matt. Gekündigt 25 Wispel. pr. Febr. 39½ Gd., Febr.-März —, Frühjahr 39⅓—$\frac{5}{12}$ bis ½ bz. u. Br., April-Mai do., Mai-Juni 39⅝—¾ bz. u. Br., ⅝ Gd., Juni-Juli 40¼ Br.

Spiritus: behauptet. Gekündigt 9000 Quart. pr. Febr. 13½ bz., März $13\frac{7}{12}$ bz., Br. u. Gd. April 13¾—$\frac{19}{24}$ bz., Br. u. Gd., April-Mai $13\frac{11}{12}$ Br. u. Gd, Mai 14⅛ Br. u. Gd., Juni $14\frac{5}{12}$ Br., Juli 14⅜ Br. u. Gd., Aug. $14\frac{11}{12}$ Br. u. Gd. Loko ohne Faß $13\frac{5}{12}$ bz.

Berlin, 24. Februar. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus, per 8000 % nach Tralles, frei hier ins Haus geliefert, waren auf hiesigem Platze am

18. Febr. 1870	. . . .	14⅜ Rt. bz.	ohne Faß
19. " "	. . . .	14⅓—$\frac{7}{24}$ Rt. bz.	
21. " "	. . . .	14¼ Rt. bz.	
22. " "	. . . .	$14\frac{7}{24}$ Rt. bz.	
23. " "	. . . .	$14\frac{5}{24}$ Rt. bz.	
24. " "	. . . .	$14\frac{5}{24}$ Rt. bz.	

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Febr. Wind: SW. Barometer: 27°. Thermometer: 3° +. Witterung: bewölkt — Roggen hat sich am heutigen Markte nicht nur gut behauptet, sondern besonders zum Schluß etwas im Preise gebessert. Die Stimmung darf als entschieden fest bezeichnet werden. Effektive Waare, nicht viel angeboten, wurde zu festen Preisen verkauft. — Roggenmehl unverändert fest. Gekündigt 500 Ctr Kündigungspreis 3 Rt. 3½ Sgr. — Weizen wenig belebt, aber im Werthe behauptet — Hafer loko etwas fester, Termine sehr still. — Rüböl ziemlich animirt. Auch nahe Sichten haben an der Preissteigerung sich energisch betheiligt. — Spiritus in äußerst beschränktem Verkehr, dennoch aber voll preishaltend. — Weizen loko pr. 2010 Pfd. 49—63 Rt nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 55 Rt. Br, Febr.-März do., März-April do., April-Mai 55¾ bz., Mai-Juni 57 bz. u. Br., Juni-Juli 58 a 58¼ a 58 bz. — Roggen loko pr. 2000 Pfd. 41⅜—43 Rt. bz, per diesen Monat —, April-Mai 41¾ a 42¼ bz., Mai-Juni 42 a 42½ bz., Juni-Juli 43 a 43½ bz. — Gerste loko pr. 1750 Pfd. 30—44 Rt. nach Qual. — Hafer loko pr. 1200 Pfd. 21—26½ Rt. nach Qualität, 22—25 Rt. bz., per diesen Monat —, April-Mai 24⅝ bz., Mai-Juni 24⅞ bz., Juni-Juli 25½ bz. — Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 50—55 Rt nach Qual., Futterwaare 40—45 Rt. nach Qualität. — Leinöl loko 11½ Rt. bz. — Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 13¼ Rt. Br., flüssiges $13\frac{7}{24}$ Rt. bz., per diesen Monat 13⅛ bz., Febr.-März 13⅛ Rt., März-April do., April-Mai $13\frac{1}{24}$ a ⅙ bz., Mai-Juni $13\frac{1}{24}$ a ¼ bz., Juni-Juli 12⅝ a ¾ bz., Juli-August $12\frac{11}{24}$ bz, Sept.-Okt. $12\frac{5}{24}$ a $\frac{5}{12}$ bz. — Petroleum raffin. (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loko 8⅓ Rt., per diesen Monat 8⅛ Rt. bz., Febr.-März 7¾ a $\frac{19}{24}$ bz., April-Mai 7½ Rt., Sept.-Okt. 7⅝ Rt. — Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß $14\frac{5}{24}$ Rt. bz, mit leihw. Geb. $14\frac{5}{12}$ bz., loko mit Faß —, per diesen Monat $14\frac{11}{12}$ a $\frac{13}{24}$ Rt. bz., $14\frac{7}{12}$ Br., 14½ Gd., Febr.-März do., April-Mai $14\frac{17}{24}$ a $\frac{19}{24}$ bz. u. Br, 14¾ Gd., Mai-Juni 14⅝ a ⅞ bz., Br. u. Gd, Juni-Juli $15\frac{5}{24}$ a 15¼ Br., 15⅙ Gd., Juli-August $15\frac{11}{24}$ a ⅙ bz. u. Br, $15\frac{5}{12}$ Gd. Aug.-Sept. $15\frac{17}{24}$ bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 $3\frac{19}{24}$—3⅝ Rt., Nr. 0 u 1 $3\frac{7}{12}$—$3\frac{5}{12}$ Rt., Roggenmehl Nr 0 3⅙—3 Rt., Nr. 0 u 1 3—2⅝ Rt pr Ctr unversteuert exkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr Ctr. unversteuert inkl. Sack; per diesen Monat 3 Rt. 3½ Sgr. Gd., Febr.-März 3 Rt. 2 Sgr Gd, April-Mai 3 Rt. 1 Sgr. Br., Mai-Juni 3 Rt. 2 Sgr. Br. (B. H. Z.)

Stettin, 24. Febr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: schön + 3° R. Barometer: 27. 9. Wind: SW. — Weizen wenig verändert, p. 2125 Pfd. loko geringer gelber inländ. 51½—52½ Rt., besserer 53½—55½ Rt., feiner 55½—58½ Rt, bunter poln. 53—55 Rt, weiß 56—62 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 59½, ¾ Rt. bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 60¼ Gd., ½ Br., Juni-Juli 61¼ bz — Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko 75/76pfd. 36½—37½ Rt., 79pfd. 41 Rt., 82pfd. 42½ Rt, 83pfd. 43 Rt., pr. Frühjahr 41¼ Rt. bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 41¾ bz, Juni-Juli 42½ bz. — Gerste geschäftslos, pr Frühjahr 69/70pfd. schles. 36 Rt. Br., 35 Gd. — Hafer unverändert, p. 1300 Pfd. loko 23—25 Rt., 47/50pfd. pr. Frühjahr 25½ Rt.

bz., Mai-Juni 26 Br. — Erbsen ohne Geschäft, p. 2250 Pfd. loko Futter- 40—42 Rt., Koch- 43—44 Rt. — Winterrübsen pr. 1800 Pfd. pr. Sept.-Okt. 95¾, ½ Rt. bz. — Rüböl fest, loko 13 Rt. Br., pr. Febr. 12 11/12, ⅞ bz., ⅞ Br., März-April 12⅚ bz. u. Gd., April-Mai 12 11/12 bz., Br. u. Gd., Sept.-Okt. 12⅙, ¼ bz. u. Br., ⅙ Gd. — Spiritus matt, loko ohne Faß 14⅙ Rt. bz., pr. Febr.-März 14¼ Br., Frühjahr 14½ bz. u. Gd., Mai-Juni 14⅔, 17/24 bz., Juni-Juli 15 Br., Juli-August 15¼ bz., Aug.-Sept. 15½ Gd. — Angemeldet: nichts. — Regulirungspreise: Weizen 59½ Rt., Roggen 41¼ Rt., Rüböl 12⅞ Rt., Spiritus 14¼ Rt. — Petroleum loko 8¼ Rt. bz. u. Br., pr. Febr. 8⅙ bz. u. Br., Sept.-Okt. 7 13/24 bz. — Leinöl pr. März-April 11 5/12 Rt. bz. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 24. Febr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe ruhig, ordinär 11—12½, mittel 13—14½, fein 15—16, hochfein 16½—17 Kleesaat weiße unverändert, ordinär 14—17, mittel 18½—21, fein 23—25 hochfein 26—27. — Roggen (p. 2000 Pfd.) fest, pr. Febr. 41¼ Gd., Febr.-März und März-April 40½ Br., April-Mai 40⅔ bz., Mai-Juni 40¾ Br., Juni-Juli 41¾ Br. — Weizen pr. Febr. 53½ Br., April-Mai 55 Br., Mai-Juni 57 Br., Juni-Juli 58 Br. — Gerste pr. Febr. 39½ Br. — Hafer pr. Febr. 40½ Gd., Frühjahr 40¾ bz. — Raps pr. Febr. 117½ Br. — Lupinen fest, p. 90 Pfd. 50—55 Sgr., Futterwaare 48—50 Sgr. — Rüböl fest, loko 13 1/12 bz., pr. Febr. 13 Br., Febr.-März 12 11/12 bz., März-April 12 11/12 Br., April-Mai 12⅚ Br. u. Gd., Mai-Juni 12 11/12 Br., Sept.-Okt. 11¾ bz. u. Gd. — Rapskuchen ruhig, pr. Ctr. 65—67 Sgr. — Leinkuchen unverändert, pr. Ctr. 78—80 Sgr. — Spiritus wenig verändert, loko 13⅔ Br., 13 7/12 Gd., pr. Febr. und Febr.-März 13 11/12 bz. u. Br., April-Mai 14¼ Br., ⅙ Gd., Juli-August 15⅙ Br. — Zink fest.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 24. Februar.

Preise der Cerealien. (Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

	feine	mittle	ord. Waare.	
Weizen, weißer	72—75	70	60—64	Sgr. pr. Scheffel.
do. gelber	67—69	66	58—63	"
Roggen	51—52	50	48—49	"
Gerste	43—46	42	39—40	"
Hafer	31—32	30	24—26	"
Erbsen	56—60	53	46—50	"

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Feststellung der Marktpreise für Raps und Rübsen.

Raps	254	244	234	Sgr.
Winterrübsen	236	226	218	"
Sommerrübsen	216	206	196	"
Dotter	186	176	166	"

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 24. Februar. Wind: W. Witterung: trübe. Morgens 3° —. Mittags 1° +. Weizen 116—122pfd. 46—48 Thlr., 123—127pfd. 49—54 Thlr. p. 2125 Pfd. — Roggen 36—37 Thlr. pr. 2000 Pfd. Zollgewicht. — Gerste 33—35 Thlr. pr. 1875 Pfd. — Erbsen 34—38 Thlr. pr. 2250 Pfd. Zollgew. — Spiritus ohne Zufuhr. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 24 Februar, Nachmitt. 1 Uhr. Schneewetter. Weizen unverändert, hiesiger loco 6, 10, fremder loco 5, 25, pr. März 5, 21½, pr. Mai 5, 25, pr. Juni 5, 26, pr. Juli 5, 29½. Roggen matter, loko 5, pr. März 4, 18½, pr. Mai 4, 19½, pr. Juni 4, 21. Rüböl animirt, loko 14 3/10, pr. Mai 14 1/10, pr. Oktober 13 7/20. Leinöl loko 11 8/10.

Breslau, 24. Febr., Nachmittags Unentschieden. Spiritus 8000 Tr. 13 7/12, pr. Februar 13 11/12, pr. April-Mai 14⅙. Weizen pr. Februar 53½. Roggen pr. Febr. 41¼, pr. April-Mai 40⅔, pr. Mai-Juni 40¾. Rüböl pr. Februar 13, pr. April-Mai 12⅚. Raps pr. Februar 117½. Zink fest.

Bremen, 24. Februar. Petroleum, Standard white, loko und pr Februar 7 nominell. Völlig geschäftslos.

Hamburg, 24. Febr., Nachm. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loko ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. Febr. 5400 Pfd. netto 104½ Bankothaler Br., 103½ Gd., pr. Febr.-März 104½ Br., 103½ Gd., pr. April-Mai 106½ Br., 106 Gd. Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 74 Br., 73 Gd., pr. Febr.-März 74 Br., 73 Gd., pr. April-Mai 74 Br., 73½ Gd. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl fest, loko 27½, pr. Mai 27⅛, pr. Okt. 25⅝. Spiritus flau, loko 18¾, pr. Februar 18¾, pr. April-Mai 19. Kaffee und Zink unverändert. Petroleum ruhig, Standard white, loko 15⅝ Br., 15½ Gd., pr. Febr. 15½ Gd., pr. Febr.-April 15⅛ Gd.

Liverpool, 24. Februar, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Ruhig. Tagesimport 5238 B., davon amerikanische 1313 B. (keine indische.)

Middling Orleans 11½, middling Amerikanische 11¼, fair Dhollerah 9½, middling fair Dhollerah 9¼, good middling Dhollerah 8¾, fair Bengal 8¼, New fair Domra 9⅞, good fair Domra 10⅛, Pernam 11⅞, Smyrna 10⅛, Egyptische 12⅛.

Paris, 24. Februar, Nachmitt. Rüböl, pr. Februar 105, 50, pr. Mai-Juni 105, 75, pr. Sept.-Dezbr. 102, 50. Mehl pr. Februar 55, 25, pr. Mai-Juni 56, 00, pr. Juli-August 57, 00. Spiritus pr. Febr. 58, 50. — Schneewetter.

Antwerpen, 24. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loko 59¾, pr. Febr. 59⅝, pr. März 56. Ruhig.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
24 Februar	Nachm. 2	27" 6''' 60	+ 1°4	W 2	bedeckt. Ni.
24. "	Abnds. 10	27" 5''' 02	+ 1°1	SW 3	bedeckt. Ni.
25. "	Morgs. 6	27" 4''' 36	+ 2°2	WSW 3	bedeckt. St., Ni.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. Februar 1870, Vormittags 8 Uhr, 3 Fuß 5 Zoll

Telegramm.

Paris, 24. Febr. In der Legislative fand der Schluß der Debatte über die Interpellation wegen der Regierungskandidaturen statt. Gegenüber Granier sagt Ollivier, die gestrigen Erklärungen der Minister des Innern und der Justiz hätten die Bedeutung, daß die Regierung, treu ihren früheren Versicherungen, bei den Wahlen völlige Neutralität beobachten werde. Der Minister schließt:

„Unsere Aufgabe ist es, die Staatsgewalt durch würdige und wirksame, nicht durch künstliche Mittel zu vertheidigen. Wir wollen uns nicht trennen von denjenigen, welche seit 18 Jahren die Regierung unterstützten, wir wollen uns aber auch nicht von uns selbst und unserer Vergangenheit trennen. Wenn der Souverain uns mit seinem Vertrauen beehrt, so geschieht dies, weil wir gewisse Ideen repräsentiren. Wir würden die Staatsgewalt schwächen, wenn wir im Widerspruch mit jenen Ideen handelten." (Beifall, besonders links, auf der Rechten nur vereinzelte Zustimmungsrufe, große Bewegung.)

Pinard erklärt, Angesichts der Auslassungen Olliviers sei es unmöglich, das Kabinet zu unterstützen, und schlägt Tagesordnung im Sinne Cassagnacs vor. Thiers bekämpft dieselbe und erinnert, daß er seit 1863 die Dynastie unter Forderung der nothwendigen Freiheiten vertheidigt habe. Ollivier erklärt, das Kabinet acceptire nur die einfache Tagesordnung. Diese wird mit 188 gegen 56 St. angenommen. Picard und Favre stimmten dafür.

Posener Marktbericht vom 25. Februar 1870.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	—	—	—	—	—	—
Mittel-Weizen	2	2	6	2	5	—
Ordinärer Weizen	1	25	—	1	27	6
Roggen, schwere Sorte	1	19	6	1	21	3
Roggen, leichtere Sorte	1	15	6	1	17	—
Große Gerste	1	10	—	1	15	—
Kleine Gerste	1	9	—	1	12	6
Hafer	—	25	—	—	26	6
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	1	16	—	1	18	—
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	—	—	—	—	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	—	—	—	—	—	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito dito	—	—	—	—	—	—
Heu, dito dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito dito	—	—	—	—	—	—
Rüböl, rohes dito dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Breslau, 24 Februar. Die Börse war fest, die Kurse wenig verändert, nur österreich. Kredit- ca. 1 Thlr. höher, in Minerva dauerte auch heute die Steigerung fort. Per März fix: Lombarden 131¼-¾ bez., österr. Kredit- 147½-146¾-147 bez., Minerva 62⅛ bez.

[Schlußkurse.] Oesterr. Loose 1860 —. Minerva 62-63-62⅛ bz u G. Schlesische Bank 118½ B. Oesterr. Kredit-Bankaktien 147½-46¾-47 bz. Oberschlesische Prioritäten 72⅝ bz. do. do. 81½ B. do. Lit. F. 88¼ B. do. Lit. G. 87¾ B. do. Lit. H. 87¼ bz. Rechte Oder-Ufer-Bahn St.-Prioritäten 96¼ B. Breslau-Schweid.-Freib. —. Oberschles. Lit. A. u. C. 171¾ B. Lit. B. —. Rechte Oder-Ufer-Bahn 86⅞-87 bz u B. Kosel-Oderberg —. Amerikaner 95½-⅝ bz u G. Italientenische Anleihe 55¾ bz u G.

Telegraphische Korrespodenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 24. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich fest. Kansas 72, Georgia Bonds 79¼, Peninsular Bonds 70½. Nach Schluß der Börse: Staatsbahn 362½, Amerikaner 94 13/16.

(Schlußkurse.) 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 94¾. Türken 43¼. Oestr. Kreditaktien —. Oesterr.-franz. Staatsb.-Aktien 361. 1860er Loose 78¾. 1864er Loose 116. Lombarden 232.

Frankfurt a. M., 24. Februar, Abends. [Effekten-Societät.] Amerikaner 95, Kreditaktien 258¾, Staatsbahn 361¼, Lombarden 232⅝. Günstig, lebhaft. Pariser Schlußkurse unbekannt.

Wien, 24. Februar. (Schlußkurse der officiellen Börse.) Fest. Nationalanlehen 71, 40, Kreditaktien 269, 90, St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 378, 00, Galizier 236, 00, London 124, 35, Böhmische Westbahn 232, 00, Kreditloose 160, 00, 1860er Loose 96, 80, Lomb. Eisenb. 243, 30, 1864er Loose 120, 80, Napoleonsd'or 9, 92½.

Wien, 24. Februar, Abends. [Abendbörse.] Kreditaktien 270, 90, Staatsbahn 377, 00, 1860er Loose 96, 80, 1864er Loose 120, 80, Galizier 236, 00, Lombararden 243, 70, Napoleons 9, 92½. Schluß sehr günstig.

Paris, 24. Februar, Nachmittags. [Bankausweis.] Baarvorrath 1,235,544,821 (Zunahme 9,578,948), Portefeuille 575,562,260 (Abnahme 10,159,930), Vorschüsse auf Werthpapiere 100,474,700 (Abnahme 929,000), Notenumlauf 1,407,708,800 (Abnahme 10,811,600), Guthaben des Staatsschatzes 166,447,086 (Zunahme 12,966,171), laufende Rechnungen der Privaten 351,096,893 (Abnahme 585,059) Francs.

Die Einnahme der gesammten lombard. Eisenbahn betrug in der Woche vom 12. bis zum 18. Februar 2,162,841 Frcs., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 366,581 Frcs.

Paris, 24. Februar. Nachm. 3 Uhr. Träge. Neue Türken 310, 50. (Schlußkurse.) 3pr. Rente 73, 90-73, 87½-73, 97½-73, 90. Ital. 5% Rente 55, 65. Oesterreich. Staats-Eisenbahnaktien 763, 75. do. Nordwestbahn 413, 00. Kredit-Mobilier-Aktien 202, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 497, 50. do. Prioritäten 246, 75. Tabaksobligationen —, —. Tabaksaktien 662, 50. Türken 45, 40. 6proz. Verein St. pr. 1882 (ungest.) 101¾.

Berlin, 24. Februar. Die Liquidation geht diesmal fast unbemerkt vor sich, da der Geldstand überaus flüssig ist und die Meisten sich schon bei Zeiten gedeckt haben. — Die Börse begann auf die schlechteren Pariser Notirungen in matterer Haltung auf dem Spekulationsmarkte, befestigte und belebte sich aber später, die Kurse gingen meist wieder über die Anfangskurse hinaus. Franzosen, Lombarden, Italiener, Amerikaner waren sehr belebt und trotz der niedrigeren Anfangskurse ebenso wie Kredit steigend. Eisenbahnen waren fest und belebt, besonders Bergisch-Märkische, Köln-Mindener, Rhein-Nahe, ostpreußische Südbahn und Mainzer; Warschau-Wiener fest, Löbauer offerirt und fortwährend weichend. Banken still; Dessauer Landesbank hat heute in der Verwaltungsraths-Sitzung die Dividende auf 7 pCt. festgesetzt, die Generalversammlung auf den 2. April berufen; der Erscheinungstag der Aktien der internationalen Bank ist auf den 1. März festgesetzt, und wer sie an diesem Tage abzunehmen wünscht, hat sich bis zum 26. d. M. bei der Norddeutschen Bank in Hamburg zu melden

Inländische Fonds waren still, ebenso deutsche; österreichische waren belebt und steigend; von russischen Effekten waren fundirte Anleihe zu 83 belebt, Prämienanleihe zu fast unveränderten Preisen in gutem Verkehr, Eisenbahnen gedrückt und offerirt. — Inländische Prioritäten fest, 4½ proz. Aachen-Mastrichter belebt und steigend, Potsdamer C.'s und Stettiner 3. Emission gefragt; Halberstädter B.'s gut zu lassen. Oesterreichische und russische mehr vernachlässigt; amerikanische in gutem Verkehr. Die Zeichnungen auf die Peninsular- (Fort Huron-Chicago) Prioritäten, die heute begonnen, sind bis jetzt in bedeutenden Summen angemeldet, feste Stücke wurden pr. Erscheinungstag zu 71 a ⅛ gehandelt. — Oesterreichische Nordwestbahn 111¼ a ⅛ bezahlt. Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 48½ bezahlt und Geld. — Wechsel wenig belebt und eher etwas matter.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 23 Februar 1870.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	95¼ G
Staats-Anl. v.1859	5	101⅝ G
do. 1854, 55, A.	4½	93⅜ G
do. 1857	4½	93⅜ G
do. 1859	4½	93⅜ G
do. 1856	4½	93½ bz
do. 1864	4½	93⅜ G
do. 1867 A.B.D.C	4½	93⅜ bz
do. 1850,52 conv.	4	84 bz G
do. 1853	4	83¾ bz
do. 1862	4	83⅜ bz
do. 1868 A.	4	83⅜ bz G
Staatsschuldscheine	3½	78 bz
Präm.St.Anl.1855	3½	115½ G
Kurh. 40Thlr.-Obl.	—	58 G
Kur-u.Neum.Schld	3½	80 bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	— —
Berl. Stadtoblig.	5	101⅞ bz
do. do.	4½	93¾ bz
do. do.	3½	73½ bz
Berl. Börs.-Obl.	5	100 bz G
Pfandbriefe: Berliner	4½	90⅝ B
Kur- u. Neum.	3½	73 B
do. do.	4	81¼ bz
Ostpreußische	3½	74 bz
do.	4	80⅜ bz
do.	4½	87⅛ bz
Pommersche	3½	72½ G
do.	4	82½ bz B
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	81⅝ bz
Sächsische	4	81¼ G
Schlesische	3½	— —
do. Lit. A.	4	— —
do. neue	4	— —
Westpreußische	3½	71¾ bz G
do.	4	80⅛ bz 4½%
do. neue	4	79 bz [85¼ bz G
do.	4½	85¼ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	85 B
Pommersche	4	84⅝ bz
Posensche	4	83 bz G
Preußische	4	83¼ bz
Rhein.-Westf.	4	90½ bz
Sächsische	4	86 bz
Schlesische	4	84⅞ bz
Preuß. Hyp.-Cert.	4½	— —
Pr. Hyp.-Pfdbr.	4½	92 G
Preuß. do. (Henkel)	4½	86 B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	— —
do. National-Anl.	5	— —
do. 250fl. Pr. Obl.	4	73½ B
do. 100 fl. Kred. L.	—	88 et bz [-½ bz
do. Loose (1860)	5	78⅝ bz März 78⅝
do. Pr.-Sch. v. 64	—	65½ bz G
do. Silb.Anl. v.64	5	— —
do. Bodenkr.Pfdbr.	5	87 G [bz G
Ital. Anleihe	5	55⅞ bz März 55⅝
Ital. Tabak.-Obl.	6	88¾ bz G
Rumän. Anleihe	8	95½ B
Rum. Eisenb.-Anl.	7½	71½ bz fl.71⅞ bz
5. Stieglitz-Anleihe	5	66½ G
N. russ. v. J. 1862	5	— —
do. 1864 engl. St.	5	89½ G
do. 1864 holl. St.	5	89¼ G
do. 1866 engl. St.	5	89½ G
do. 1866 holl. St.	5	89¼ G
Präm.-Anl. v.1864	5	120⅝ bz
do. v. 1866	5	120⅝ bz
Russ.Bodenkred.Pf.	5	82⅞ bz II. —
do. Nikolai-Oblig.	4	68½ G n. 68 G
Poln. Schatz-Obl.	4	gr 69 bz kl. 67½
do. Cert. A. 300 fl.	5	92 G [bz
do. Pfdbr. in S.R.	4	69 G
do. Part.-O. 500fl.	4	97½ G
do. Liqu.-Pfandbr.	4	57 etw bz B
Finn. 10Thlr.-Loose	—	7⅞ bz [94-5⅛ bz
Amerik. Anl. 1882	6	95-95⅛ bz März
Türkische Anl. 1865	5	44⅝ bz März 44⅝
Bad. 4½% St.-Anl.	4½	92⅜ G [G
Neue bad. 35fl. Loose	—	34 B
Bad. Eis.-Pr.-Anl.	4	105¾ bz
Bair. 4% Pr.-Anl.	4	106⅜ bz
do. 4½% St.A. v.59	4½	91⅝ G
Braunschw. Anl.	5	100 G
Braunschw. Präm.-Anl. à 20 Thlr.	3½	18¼ bz
Dessauer Präm.-A	5	99 G
Lübecker do.		47¼ bz
Sächsische Anl.	5	101¾ G
Schwed. 10Thlr.-L.	—	12 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anhalt. Landes-Bk.	4	105 G
Berl. Kass.-Verein	4	165 G
Berl. Handels-Ges.	4	129 bz G
Braunschw. Bank	4	115 G
Bremer Bank	4	112½ B
Coburg. Kredit-Bk.	4	93¾ G
Danziger Priv.-Bk.	4	104 bz G
Darmstädter Kred.	4	127¾ bz G
do. Zettel-Bank.	4	103⅝ bz G
Dessauer Kredit-Bk.	0	6¼ G
Disk.-Kommand.	4	131 bz G
Genfer Kredit-Bk.	4	20⅞ bz
Geraer Bank	4	90 bz
Gwrbk. H. Schuster	4	109½ B
Gothaer Priv.-Bk.	4	100 B
Hannoversche Bank	4	98¾ bz G
Königsb. Priv.-Bk.	4	105 G
Leipziger Kred.-Bk.	4	116 B
Luxemburger Bank.	4	117 bz G
Magdeb. Privatb.	4	90½ G
Meininger Kreditb.	4	121¾ bz G
Moldau Land.-Bk.	4	25 G vll 73 G
Norddeutsche Bank	4	136½ G
Oestr. Kreditbank	5	145¾-½-46¾ bz
Pomm. Ritterbank	4	89 B [März
Posener Prov.-Bk.	4	101 B [145⅞-⅝
Preuß. Bank-Anth.	4½	138¾ B [-46⅞ bz
Rostocker Bank	4	116 G
Sächsische Bank	4	126¼ G
Schles. Bankverein	4	119 bz
Thüringer Bank	4	91 B
Vereinsbank Hamb.	4	114 G
Weimar. Bank	4	92½ G
Prß.Hyp-Vers 25%	4	105¼ G
Erste Prß. Hyp.-G.	4	95 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81½ G
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	87½ G
Aachen-Mastricht	4½	77¼ G
do. II. Em.	5	86 G
do. III. Em.	5	85½ B
Bergisch-Märkische	4½	92 G
do. II. Ser. (conv.)	4½	90⅝ bz
III. Ser. 3½ v.St.g.	3½	76⅜ bz
do. Lit. B.	3½	76⅜ bz
do. IV. Ser.	4½	89¼ bz G
do. V. Ser.	4½	88¾ G
do. VI. Ser.	4½	87⅛ bz
do. Düssel.-Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	88¼ G
do. (Dortm.-Soest)	4	81½ bz
do. II. Ser.	4½	87¾ G
do. (Nordbahn)	5	98⅞ bz
Berlin-Anhalt	4	90½ G
do.	4½	91¼ G
do. Lit. B.	4½	91¼ G
Berlin-Görlitzer	5	98 G
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	83⅞ bz G
do. Lit. C.	4	82½ bz B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	78½ bz
do. III. Em.	4	78⅝ G
B.S.IV.S.v.St.g.	4½	91½ bz B
do. VI. Ser. do.	4	77⅞ bz B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	86⅞ G G. 86⅞
Cöln-Crefeld	4½	89½ G [G
Cöln-Mind. I. Em.	4½	— —
do. II. Em	5	100½ G
do.	4	81½ G
do. III. Em.	4	80¾ bz G
do.	4½	89½ bz G
do. IV. Em.	4	80¾ G
do. V. Em.	4	80½ G
Cosel-Oderb.(Wilh)	4	80⅜ G
do. III. Em.	4½	— —
do. IV. Em.	4½	86¾ B
Galiz. Carl-Ludwb.	5	84 G
Lemberg-Czernowitz	5	67⅛ G
d. II. Em.	5	75⅝ G
do. III. Em.	5	73½ B
Magdeb.-Halberst.	4½	90½ bz
do. do. 1865	4½	89⅞ B
do. Wittenb.	3	66½ G
do. Wittenb.	4½	91¼ B
Niederschles.-Märk.	4	84¼ bz G
do. II. S. a 62½ tlr.	4	82¾ G
do. c. I. u. II. Ser.	4	84¼ bz G
do. conv. III. Ser.	4	81 bz
do. IV. Ser.	4½	92 B
Niederschl. Zweigb.	5	96½ bz
Oberschles. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	3½	75½ G
do. Lit. C.	4	81⅛ G
do. Lit. D.	4	81⅛ G
do. Lit. E.	3½	72⅝ bz
do. Lit. F.	4½	87⅞ G [87½ B
do. Lit. G.	4½	87½ G Lit. H.
Oestr.-Französ. St.	3	291½ bzG a 290
Oestr. südl. St. (Lb.)	3	248 bz [G
do. Lomb. Bons	6	102 bz
do. do. fällig 1875	6	100¼ G
do. do. fällig 1876	6	100¼ G
do. do. fäll.1877/8	6	100¼ G
Ostpreuß. Südbahn	5	89 bz
Rhein. Pr.-Obligat.	4	81⅞ G
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. III. v. 1858 u.60	4½	88½ G
do. 1862 u. 1864	4½	88¼ G 65r88¼
do. v. Staat garant.	4½	95 G [G
Rhein-Nahe v. S. g	4½	90¼ bz B
do. II. Em.	4½	90¼ bz B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	87½ G
Charkow-Azow	5	80½ bz B
Jelez-Woron.	5	84½ G
Kozlow-Woron	5	81⅛ bz
Kursk-Charkow	5	80½ etw bz G
Kursk-Kiew	5	81⅛ bz B
Mosko-Rjäsan	5	87¼ bz
Poti-Tiflis	5	82½ G
Rjäsan-Kozlow	5	82¼ G
Schuja-Ivanow	5	80 bz
Warschau-Teresp.	5	80½ bz G kl. 80½
Warschau-Wiener	5	84 B [bz G
Schleswig	5	86¼ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	88½ G
do. III. Em.	4½	88½ G
Thüringer I. Ser.	4	84 G
do. II. Ser.	4½	92½ bz
do. III. Ser.	4	83¾ B
do. IV. Ser.	4½	92½ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	41½ bz
Altona-Kieler	4	105¾ G
Amsterdm-Rotterd.	4	94¾ bz G
Bergisch-Märkische	4	128 bz
Berlin-Anhalt	4	181 G
Berlin-Görlitz	4	68⅞ bz
do. Stammprior.	5	89 G
Berlin-Hamburg	4	149 bz
Berl-Potsd-Magd.	4	192 bz
Berlin-Stettin	4	133¼ bz
Böhm. Westbahn	5	94⅝-⅞ bz G
Bresl.-Schw.-Frb.	4	109 bz B
Brieg-Neiße	4	89¾ bz
Cöln-Minden	4	118-½ bz
do. Litt. B.	5	97½ bz
Cosel-Odb. (Wilh.)	4	109¾ bz
do. Stammprior.	4½	109¾ bz
do. do.	5	109¾ bz
Galiz. Carl-Ludwig	5	96½ bz
Halle-Sorau-G.	4	62¼ bz
do. Stammpr.	5	84 bz
Löbau-Zittau	4	69⅞ bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	170¼ G
Märkisch-Posen	4	55½ bz B
do. Prior.-St.	5	81⅞ bz
Magdeb.-Halberst.	4	116⅞ bz
do. Stamm-Pr.B.	3½	69 bz G
Magdeb.-Leipzig	4	186 bz
do. do. Lit. B.	4	88¼ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	133⅛ bz
Mecklenburger	4	75 G
Münster-Hammer	4	86½ B
Niederschl.-Märk.	4	86¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	88 B
Nordh.-Erf. gar.	4	75¼ bz
Nordh.-Erf.St-Pr.	5	87¾ G
Oberhess. v.St.gar.	3½	vll 68 B 25%.—
Oberschl. Lit.A.u.C.	3½	171½ bz
do. Lit. B.	3½	155¾ bz [205-⅞ bz
Oest.-Frnz.-Staats.	5	205¾-6½ bz März
Oest. Südb. (Lomb.)	5	132 bz März
Ostpr. Südbahn	4	38⅞ bz [131¾
do. St.-Prior.	5	69½ bz [-31-½ bz
Rechte Oder-Uferb.	5	87 bz
do. do. St.-Pr.	5	96 bz G
Rheinische	4	113½ bz 40%
do. Lit. B. v. St. g.	4	81½ bz [—
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	24⅜ bz G
Russ. Eisenb. v. St. g.	5	94¼ bz G
Stargard-Posen	4½	93¼ G
Thüringer	4	133¾ etw bz G
do. 70%	5	127¾ B
do. B. gar.	4	vll 79 B
Warschau-Bromb.	4	— — kl. — —
do. Wiener	5	58¼ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅗ G
Gold-Kronen	—	9. 9 G
Louisd'or	—	111⅝ G
Sovereigns	—	6. 24¼ G
Napoleonsd'or	—	5. 12½ bz G
Imp. p. Zpfd.	—	465½ G
Dollars	—	1. 12¾ bz G
Silber pr. Zpfd.	—	29. 24 G
K. Sächs. Kass.-A.	—	99 9/10 G
Fremde Noten	—	99¾ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99 9/10 G
Oestr. Banknoten	—	82 bz
Russische do.	—	74 7/16 bz

Wechsel-Kurse vom 23. Februar.

Bankdiscont	4	
Amstrd. 250 fl. 10T.	5	143⅝ bz
do. 2M.	5	142⅞ bz
Hamb. 300 Mk. 8T.	3½	151¾ bz
do. 2M.	3½	151 bz
London 1 Lstr. 3M	3	6 23⅞ bz
Paris 300 Fr. 2M.	2½	81 1/12 bz
Wien 150 fl. 8T.	5	81⅜ bz
do. do. 2M	5	81⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2M.	5	56 22 G
Frankf. 100 fl. 2M.	4	56 24 G
Leipzig 100 Tlr. 8T.	5½	99¾ G
do. do. 2M.	5½	99¼ G
Petersb. 100R. 3W.	6	82¼ bz
do. do. 3M.	6	81⅛ bz
Warschau 90 R. 8T.	6	74¼ bz
Brem. 100 Tlr. 8T.	4	110 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.